

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2015



Erhöhung der Opferrente
Gespräche mit jungen Chinesen
Verfolgte Schüler

Aktuell

- 3 Gedenktag und zentrales Mahnmal überfällig
Recht und Gerechtigkeit
BStU eigenständig und unabhängig erhalten
Kommentar

Recht

- 4 50 Euro mehr

International

- 5 Gespräche mit jungen Chinesen
Europäische Unterstützung für Mahnmal

Thema

- 6 „Besondere Vorkommnisse“ –
verfolgte Schüler und Studenten in der DDR

Zeitzeugen

- 9 Die Urnen der Toten von Unternaumbach

Berichte

- 10 „Informieren Sie bitte weiter!“
- 11 Vom Saulus zum Paulus
- 12 Gedenkfahrt nach Tost 2015
Späte Ehrung
- 13 Der Mief des Bösen und des Grauens

Verbände

- 14 Schülerwettbewerb
Symposium
Totenbuch Ketschendorf
Bautzener Bürger!
- 15 Langjährige Forschungen – hohe Ehrung
Auszeichnungen
- 16 Abschied

Service/Bücher

- 17 Unbekanntes Nord-Korea
- 18 Moses – ein Experiment
Heimkinder-Reha
- 19 Aus einem zerrissenen Land

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Wie vor 25 Jahren: Bevor beim Bürgertag am 17. Januar 2015 auf dem ehemaligen Gelände des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin die neue Dauerausstellung in Haus 1 von Roland Jahn (BStU) und Jörg Drieselmann (ASTAK e.V.) feierlich eröffnet werden konnte, öffneten Bürger die Türen, stürmten zu Hunderten durch das Foyer und nahmen die neue Ausstellung zügig in Besitz.

Foto: N. Radlitz

Volksentscheid für die Deutsche Einheit

Von Rainer Wagner

Als 1871 das Deutsche Reich gegründet wurde, besiegelte dieses Ereignis nicht nur das Ende des Deutsch-Französischen Krieges, sondern war Krönung einer lang ersehnten Entwicklung, weg von der Kleinstaaterei, hin zu einem einigen deutschen Vaterland. Allerdings wollten die Fürsten und Könige der deutschen Kleinstaaten so viel wie möglich von ihrer Macht behalten. Deshalb sollte Wilhelm I. auch nicht den Titel „Kaiser von Deutschland“, sondern „Deutscher Kaiser“ führen. An diesem Problem wäre die damalige Einheit fast gescheitert. Wilhelm I. erklärte: „Ich will doch nicht den Grüßaugust machen!“ Doch das ist Geschichte.

2015 ist nun das 25. Jahr der letzten deutschen Vereinigung. Wenn es auch viele angebliche Väter der Einheit gibt, war es letztlich doch der Widerstand gegen das Zuchthausregime der SED, der die Einheit Deutschlands brachte. Es waren die Demonstranten, die Flüchtlinge, die Widerstandskämpfer, die die Einheit schufen. Der Ruf „Wir sind ein Volk“ war der Volksentscheid zur Deutschen Einheit. Viele haben den Traum von Einheit in Freiheit mit jahrelangem Zuchthausaufenthalt, mit dem Verlust der Gesundheit, einer beruflichen Karriere, der Heimat oder sogar mit dem Leben bezahlt. Wir und unsere Kameraden waren die Väter und Mütter der Einheit. Die 2015 stattfindende silberne Einheitsfeier ist unser Fest. Allerdings werden wir dann wohl erleben – mehr noch als beim 25. Jubiläum der Friedlichen Revolution –, daß sich andere die Lorbeeren aufs Haupt heften.

Natürlich wird man 2015 auch die Opfer der SED-Diktatur nicht ganz übergehen können. Man wird sie als Ehrengäste oder Zeitzeugen zu Veranstaltungen einladen. Aber gesellschaftlichen oder gar politischen Einfluß wird man ihnen nicht zugestehen. Man schätzt die Freiheitskämpfer und SED-Opfer als Gestalten der Geschichte, als Quotenhäftlinge in Gremien oder eben als „Grüßaugust“. Am meisten schätzt man uns allerdings als Stichwortgeber. Ein besonders peinliches Beispiel dafür war Ramelows Antrittsrede.

2014 erlebten auch die Opfer und Freiheitskämpfer aus DDR-Zeiten erhebende Momente. Daß sich Bahnchef Grube für die bei der Reichsbahn geleistete Zwangsarbeit politischer Häftlinge öffentlich entschuldigte, war mehr als eine Geste. Daß DDR-Heimkinder über einen Fonds gestützt

wurden, war ein Erfolg auch der UOKG. Daß u.a. unsere Mitarbeiterin Katrin Behr hohe Auszeichnungen erhielt, war eine Würdigung unseres Kampfes. Aber als es um das SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, unser ureigenstes Anliegen, hat der zuständige Minister Maas (SPD) nicht einen einzigen unserer Vorschläge wirklich zur Kenntnis genommen. Deshalb werden Witwen ehemaliger politischer Häftlinge weiter in die Armutsfalle geraten. Ganze Opfergruppen haben keinerlei Entschädigung für ihr Leid und ihre Verluste zu erwarten. Die in die russische Zwangsarbeit verschleppten Frauen, von denen 95 Prozent schon nicht mehr unter uns sind, haben nicht einmal eine symbolische Würdigung erhalten. Und die „20prozentige Erhöhung“ der Opferrente ist in Wirklichkeit eine Lachnummer. Nach sieben Jahren wurde mit der Erhöhung gerade einmal der Inflationsverlust ausgeglichen. Es ist verständlich, daß mancher von uns nicht länger „Grüßaugust“ sein will und sich lieber zurückzieht. Aber gut und klug ist dieses Abtauchen nicht.

So bitter es ist, bei der Opferpension von den Regierungsparteien über den Tisch gezogen, bei der Rente betrogen zu werden oder im Schatten der längst wieder hoffähigen SED-Funktionäre stehen zu müssen, so dürfen wir doch unseren Kampf nicht aufgeben. Wir haben trotz allem viel erreicht. Selbst schmerzhaft Niederlagen erleben wir als freie Menschen in einer Demokratie. Es ist besser, heute über Ungerechtigkeiten klagen zu können, ja, selbst als Grüßaugust oft nicht ganz ernst genommen zu werden, als in einer linken oder rechten Diktatur vor den Mächtigen auf die Knie gezwungen zu werden.

In einem Bundestagsgremium zur Opferrente habe ich erklärt: „Gerechtigkeit gibt es erst, wenn Opfer und Nutznießer der SED-Diktatur materiell in etwa gleichgestellt sind. Aber dafür waren wir nicht im Zuchthaus. Lieber würde ich noch eine ‚Demokratiesteuer‘ entrichten, als in einer DDR mit dem Vaterländischen Verdienstorden, an dem eine ganze Stange Geld hing, ausgezeichnet zu werden.“

Heute weiß man, welch wichtiges Opfer der alte Kaiser mit der Rolle des peinlichen Grüßaugusts für die Deutsche Einheit brachte. Einst wird man erkennen, welch wichtiges Zeugnis wir durch unseren Kampf für Freiheit und Demokratie abgelegt haben.

Gedenktag und zentrales Mahnmal überfällig

(uokg) Die UOKG hat den Vorstoß des Thüringer Landtagspräsidenten Christian Carius (CDU) begrüßt, einen bundesweiten Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts einzuführen. Der Opferdachverband schlägt als Datum den 17. Juni, den Tag des Volksaufstands 1953, vor. Der Gedenktag wäre ein guter Anlaß, an die Opfer der kommunistischen Diktatur zu erinnern, aber auch Mut für demokratischen Widerstand gegen totalitäre Tendenzen zu schöpfen. In Verbindung mit einem zentralen Mahnmal, das die Opfer-

verbände seit Jahren fordern, würden die Verfolgten des SED-Regimes endlich eine öffentliche Anerkennung erhalten.

Der Bundesvorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, sagte dazu: „Bisher haben wir weder einen bundesweiten Gedenktag noch ein zentrales Mahnmal, wie in anderen europäischen Ländern. Wir brauchen eine aufrichtige Würdigung der Menschen, die sich aktiv für Demokratie und Freiheitsrechte gegen die kommunistische Diktatur eingesetzt haben.“

Neujahrsempfang



Anläßlich des Neujahrsempfangs beim Bundespräsidenten am 9.1.2015 sprach der UOKG-Vorsitzende Rainer Wagner (m.) die Themen Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden sowie Mahnmal für die Opfer des Kommunismus an.

Recht und Gerechtigkeit

(ba) Am 10. Dezember 2014 widmeten sich Bundespräsident Joachim Gauck und weitere prominente Gäste in der Podiumsdiskussion „Recht und Gerechtigkeit – Der Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland“ in der Bundesstiftung Aufarbeitung in Berlin der Frage, ob den Opfern der kommunistischen Diktatur in der DDR durch den bundesdeutschen Rechtsstaat Gerechtigkeit widerfahren sei.

„Viele DDR-Bürger hatten darauf gehofft, der Rechtsstaat würde vieles neu ordnen: Er würde die Schuldigen bestrafen, die Mächtigen entmachten und die Entmachteten rehabilitieren und entschädigen“, sagte Gauck.

Er äußerte Verständnis für die Kritik der Diktaturoppfer an dem aus ihrer Sicht unbefriedigenden Umgang mit den Tätern, betonte jedoch zugleich den Wert

der Rechtssicherheit als Grundlage des Rechtsstaats. Gerade deshalb sei es wichtig, andere Formen der Auseinandersetzung mit dem Unrecht zu finden. „Wir haben erfahren: Gerechtigkeit läßt sich auch anders erreichen. Ich nenne als Stichworte nur die Öffnung der Archive und die Delegitimierung von früheren Verantwortungsträgern durch Publizistik und Medien“, sagte der Bundespräsident.

BStU eigenständig und unabhängig erhalten

(uokg) Der Dachverband der SED-Opfer ist anläßlich des 25. Jahrestages der Erstürmung der Berliner Stasi-Zentrale Forderungen nach der Schließung der Stasi-Unterlagenbehörde entgegengetreten. Der stellvertretende UOKG-Bundesvorsitzende Roland Lange erklärte: „Der 15. Januar 1990 steht für ein Ereignis, bei dem sich die Bürger von der Gängelei

durch die Stasi befreit haben. Die Bürger wollten wissen, was der Repressionsapparat über sie gespeichert hat.

Die Stasi-Unterlagenbehörde steht symbolisch für diesen Willen der Bürger. Sie ist ein Leuchtturm der Aufarbeitung und ein Symbol für den Sieg der Freiheit über die Diktatur.

Deshalb wollen wir die BStU als eigenständige und unabhängige Behörde erhalten. Ziel muß es sein, die BStU für die zukünftigen Aufgaben zu wappnen. Der Aktenzugang muß weiterhin sichergestellt und den Interessen einer nachwachsenden Generation angepaßt werden. Ebenso muß die elektronische Rekonstruktion zerrissener Stasi-Akten weiterentwickelt werden.“

Kommentar

Der Sündenfall

Nun ist das passiert, was sich Ende 1989 kaum jemand vorstellen konnte, außer denen, die in der SED im Hintergrund die Fäden zogen. In Thüringen haben SPD und Grüne, von Bündnis 90 kann man nicht mehr sprechen, nicht nur der SED, sondern mit „IM Fritz Kaiser“ sogar dem MfS wieder zur Macht verholphen.

Damit sind die Erklärungen über den „Unrechtsstaat DDR“ das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Mit Schreiben vom 16.10.2014 hatte die Landtagsfraktion der SPD in Thüringen schon mal den Bezug der Zeitschrift für Zeitgeschichte und Politik „Gerbergasse“ gekündigt. Diese Zeitschrift beschäftigt sich besonders mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Natürlich stellt sich die Frage, ob die SPD mit den Grünen auch in Berlin den roten(!) Teppich ausrollen will, um bei den nächsten Bundestagswahlen eine „Mehrheit links von der CDU/CSU“ zu zimmern.

Ein Begriff fehlt bei den Auseinandersetzungen immer wieder: Freiheit. Dieses Wort scheinen die SED-Linke-Funktionäre zu scheuen, wie der Teufel das Weihwasser. Statt dessen wird der Begriff „Frieden“ endlos strapaziert, den gab es auch in der DDR, einen Friedhofsrieden.

Wenn wir nicht aufpassen, werden wir unmerklich eingellult, der Weg in die Diktatur kann auch demokratisch beginnen, und wenn wir aufwachen, ist die Freiheit weg. In Thüringen wurde mit Tricks der Auftrag der Wähler verfälscht, darauf verstanden sich die SED-Genossen schon immer, erschütternd ist dabei die Beihilfe von demokratischen Parteien. Damit ist im Erfurter Landtag wieder ein „gesellschaftlicher Großversuch mit Menschen“ gestartet worden, der durchaus Gefahren für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung birgt.

Wer so geschichtsvergessen handelt, der sollte von der Macht ferngehalten werden, denn (noch) können wir mit dem Wahlzettel eine Regierung unblutig loswerden.

Anton Odenthal

50 Euro mehr

Erhöhung der Besonderen Zuwendung nach StrRehaG und Ausgleichsleistungen nach BerRehaG

Pünktlich zum Jahresende hat der Bundestag das „Fünfte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ beschlossen.

Nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) erhalten Opfer der politischen Verfolgung seit dem 1.9.2007 unter bestimmten Voraussetzungen die sogenannte Opferrente in Höhe bis zu 250 € monatlich und nach § 8 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG) seit dem 31.12.2003 monatliche Ausgleichsleistungen in Höhe bis zu 184 € bzw. als Rentner bis zu 123 €. Seither wurden diese Beträge nicht erhöht. Um u.a. die wirtschaftliche Situation der Opfer politischer Verfolgung zu verbessern, werden mit diesem Gesetz o.g. Leistungen ab 1. Januar 2015 angehoben. Der Betrag der monatlichen Zuwendung steigt von 250 € auf maximal 300 €, und die monatlichen Ausgleichsleistungen werden jeweils um 30 € angehoben von 184 auf höchstens 214 € und für Rentner unter bestimmten Voraussetzungen von 123 auf maximal 153 €.

Veränderung des bisherigen Zahlbetrages zu informieren.

Offensichtlich ist der für den Gesetzentwurf der Bundesregierung federführende Rechtsausschuß im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens durch Anhörung u.a. von Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zu der Auffassung gelangt, daß die Gesetzesänderungen insgesamt gesehen etwas dünn sind und es das auch nicht gewesen sein kann. Um der momentanen Situation der Betroffenen besser gerecht zu werden, hat er buchstäblich in letzter Minute dem Bundestag eine EntschlieÙung empfohlen, die dieser auch angenommen hat, einschließlich aller Stimmen der Fraktionsmitglieder der Regierungsparteien. Zu einer gesetzlich fixierten Regelung kam es leider nicht mehr, der Zeitpunkt der Inkraftsetzung hätte sich sonst womöglich noch um ein Jahr verzögert.

In dieser EntschlieÙung würdigt der Bundestag u.a. die Bereitschaft der Bundesregierung, die Opferrente und die Ausgleichsleistungen nach dem BerRehaG zu erhöhen, um die Opfer stärker anzuerkennen und deren teilweise prekäre wirtschaftliche Situation, die ihre Ursache oft in der politischen Verfolgung hat, zu verbessern. Gleichzeitig wird an die Bundesregierung appelliert, sich weiterhin um einen einheitlichen Gesetzesvollzug zu bemühen mit dem Ziel, „die Mitarbeiter in den Vollzugsbehörden noch stärker für die Schicksale von SED-Opfern zu sensibilisieren“ und „daß alle gesetzlichen Möglichkeiten, die die Rehabilitierungsgesetze vorsehen, genutzt werden, um die Betroffenen zu hören und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihren Antrag oder ihr Anliegen, soweit sie es wünschen, auch mündlich vorzutragen“.

Die von den Betroffenen und den Opferverbänden geübte Kritik an der Praxis der Begutachtung von haftbedingten Gesundheitsschäden bei Antragstellung nimmt der Bundestag zwar ernst, verweist aber darauf, daß diese Verfahren ausschließlich den Ländern obliegen (also wie gehabt!). Gleichzeitig unterstreicht er die Bemühungen der Bundesregierung, besonders durch versorgungsmedizinische Fortbildungstagungen für die

ärztlichen Gutachter der Länder-Verwaltungsverwaltungen, bundesweit zu einem einheitlichen Verwaltungsvollzug beizutragen. Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse fordert der Bundestag die Regierung auf:

1. darauf hinzuwirken, daß die Länder im Rahmen der Rehabilitierungsgesetzes den Antragstellern auf eigenen Wunsch mündliche Anhörungen einräumen,
2. auch zukünftig die Kräfte und Ideen von Bund und Ländern im Interesse von haftgeschädigten SED-Opfern zu bündeln. In diesem Zusammenhang sollte auch der Vorschlag des Landes Thüringen geprüft werden, daß die Länder einen „Gutachterpool“ einrichten, in dem besonders geschulte und zertifizierte Gutachter erfaßt sind, die die Spezifik der Haftfolgeschäden ehemaliger politischer Häftlinge kennen und sowohl die notwendige Sachkenntnis im Umgang mit traumatisierten SED-Opfern als auch die Kenntnis vom Repressionsystem in der SBZ/DDR haben.
3. rechtzeitig in Abstimmung mit den Ländern zu prüfen, ob die Frist nach § 7 Abs. 1 StrRehaG [Antragstellung bis Ende 2019] im Interesse der Opfer ganz gestrichen werden kann.

Nachfolgend wäre zu bemerken, daß der Bundestag all jenen Respekt und Anerkennung zollte, die die Opfer der politischen Verfolgung über ihre Rechte aufklären und sie stark machen, diese auch vor Behörden und Gerichten durchzusetzen. Und genau diesen gezollten Respekt und die Anerkennung werden die Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen zum Anlaß nehmen, ein Auge darauf zu haben, daß zumindest die in der EntschlieÙung festgeschriebenen Forderungen durch die Bundesregierung zügig erfüllt werden, unabhängig davon, daß an der Durchsetzung der Forderungen der Opferverbände, die schon über Jahrzehnte zur Debatte stehen, konsequent weitergearbeitet wird.

Weitere Informationen unter Telefon (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV Förderverein für Beratung



Das war's? 50 Euro und kein bißchen reicher...

Die Umstellung auf die ab 1. Januar 2015 geltende Höhe der Leistungsbeträge bedarf keiner Antragstellung durch den Berechtigten, sondern erfolgt von Amts wegen. Es wird auch keine neuen förmlichen Bewilligungsbescheide geben. Der damit verbundene Verwaltungsaufwand würde zu Verzögerungen bei der Auszahlung führen. Nur in den Fällen, in denen bislang wegen zu berücksichtigenden Einkommens monatlich nur ein Differenzbetrag ausgezahlt wurde, wird der Leistungsbetrag durch einen förmlichen Bescheid neu festgesetzt. In allen anderen Fällen obliegt es den Leistungsträgern, die Berechtigten in geeigneter Form über die

Gespräche mit jungen Chinesen

Die ganz genaue Zahl der Chinesen, die während der vergangenen Jahre die Schweiz besuchten, ist nicht leicht festzustellen. Es müssen längst weit über 100 000 sein. Zumeist sind es Studenten und junge Wirtschaftseliten. Eine besondere Genehmigung ihres Staates für die Reise scheint nicht mehr erforderlich zu sein, vereinzelt und bei speziellen Berufen dürfte allerdings schon die Zustimmung der Partei nötig sein.

Stoße ich auf solch einen Besucher, biete ich ihm meine Hilfe an, hat man mich bei meinen Asien-Reisen doch selber oftmals mit Auskünften und wertvollen Ratschlägen unterstützt. Meine nächste Frage erscheint noch unpolitisch, nämlich, ob sie vom chinesischen Festland stammten oder von der Insel Taiwan. Von den etwa 300 Befragten antworteten lediglich zwei mit dem stolzen Hinweis, sie kämen aus der Volksrepublik China – fast alle sprachen nur vom „Festland“.

Ich erzähle dann von meiner Achtung vor dem chinesischen Volk – um anschließend allerdings sehr hart meine äußerst eindeutige Ablehnung der Pekinger Regierung zu erklären, mit dem Hinweis, die Volksrepublik sei eine kommunistische Diktatur. Hier in der Schweiz hätten die Menschen Rede- und Pressefreiheit, könnten eine Regierung abwählen und seien allgemein mit ihrem Wohlstand zufrieden.

Äußerst aufschlußreich sind dann die Reaktionen der Besucher aus jenem kommunistischen China: Über 80 Prozent stimmten meiner Haltung spontan zu, und das offensichtlich nicht aus bloßer Höflichkeit. Auf meine stolzen Wort: „Ich liebe die Freiheit“, hörte ich sehr oft die Antwort: „Wir auch!“ Sie alle waren recht offen und gesprächig. An die Idee des Kommunismus scheint kaum noch jemand zu glauben. Nach ihren Äußerungen tritt

man der Kommunistischen Partei nur bei, um Vorteile im Beruf (besonders auf den Universitäten) zu erlangen. Offen wird gesagt, ausländische Radiosender zu hören, sei verboten, wobei man listig auf die Möglichkeiten des Internets verweist.

Daß der Lebensstandard auf Taiwan wesentlich höher ist und das allgemeine Leben dort viel freier und bequemer, weiß man. Dennoch scheint es keinerlei größere Anziehung auf sie auszuüben. Von der Schweiz hatten die Touristen natürlich schon früher eine gewisse Vorstellung, die jetzige Wirklichkeit übertrifft diese indes bei weitem: „Die Menschen hier sind so freundlich, alles ist so sauber“, die Worte fielen immer wieder. Bei mei-

nen Schilderungen des schweizerischen Wohlstands und des Mangels auch hier an Spitzenkräften war allerdings niemals ein Gedanke an Flucht und Asyl zu nehmen. Ob es die Liebe zu ihrer Heimat ist, zur Familie oder die Angst vor der Umstellung auf ein neues Leben im Westen, dürfte nur schwer zu beurteilen sein.

Ihre Kenntnisse von der Geschichte des eigenen Landes sind lückenhaft. Von nicht wenigen wird Mao Tse-tung noch immer verehrt, habe er doch das Riesenreich geeint. Für andere führen die damalige, von ihm zu verantwortende Hungersnot und besonders die spätere sogenannte Kulturrevolution zu einem überaus negativen Bild. Der Mord des Pekinger Regimes an den vielen Studenten am 4. Juli 1989 auf

dem „Platz des himmlischen Friedens“ ist kaum bekannt, herrscht darüber doch auch heutzutage in der Volksrepublik totales Stillschweigen. Die Probleme, vor denen das Riesenreich stehen wird, werden lediglich von einer Minderheit gesehen: Man ahnt die Auswirkungen der Ein-Kind-Politik, nach der für eine normale Bevölkerungsentwicklung sehr viele



Foto: Nick

Beliebt bei chinesischen Touristen: die Innenstadt Zürichs.

Mädchen fehlen werden. Die ständigen Unruhen in der Grenzregion Xinjiang sind allgemein bekannt.

Nicht wenige sehen die Zukunft Chinas optimistisch, in zehn bis zwanzig Jahren werde man das Land nicht wiedererkennen. Dann würden die jungen Menschen von heute eine neue Generation darstellen, mit anderem Denken, und das Regime in seiner jetzigen Art wesentlich beeinflussen und vielleicht sogar prägen können. Auf meine Worte an eine junge Akademikerin, die Welt würde die Entwicklung Chinas recht genau verfolgen, antwortete sie mit einem eindringlichen: „Bitte!“ Es klang wie ein Hilferuf...

Friedrich-Wilhelm Schломann


Europäische Unterstützung für Mahnmal

(fk) In ihren Bemühungen, ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur zu errichten, hat die UOKG Rückendeckung auf europäischer Ebene erhalten.

Die „Europäische Plattform Erinnerung und Gewissen“ hat sich in einer Pres-

semitteilung vom 19. Dezember 2014 nachdrücklich hinter die Forderung gestellt.

Der Präsident der Plattform, der schwedische Politiker Göran Lindblad, sieht die Notwendigkeit insbesondere vor dem Hintergrund der Regierungsbildung in

Thüringen. Würden die Leiden und die Menschenwürde der Opfer des Kommunismus nicht gewürdigt, könnten wir die friedliche und demokratische Gesellschaft sowie den Rechtsstaat nicht verteidigen. Auf diese Weise, so Lindblad weiter, wäre für die Altkommunisten der Weg zurück an die Macht geebnet. 

„Besondere Vorkommnisse“

Verfolgte Schüler und Studenten in der DDR

Von Helmuth Wippich

Seit Jahren fordert die UOKG vom Gesetzgeber die Einführung von Entschädigungsleistungen für Angehörige von Opfergruppen, die bislang in den vorhandenen SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen entweder gar nicht berücksichtigt werden (z.B. Zersetzungsoffer, Insassen von Jugendwerkhöfen, Heimkinder, Zwangsadoptierte) oder zwar als Verfolgte anerkannt, je-

Oberschule (EOS) bzw. später die Zulassung zu einem Hoch- oder Fachschulstudium – gleich. Die drei wichtigsten Kriterien dafür waren: die Verbundenheit mit dem Staat, die durch die Haltung und gesellschaftliche Tätigkeit bewiesen werden sollte, die Leistungen im Unterricht sowie das Verhalten des Schülers selbst.

doch von Entschädigungsleistungen weitgehend ausgeschlossen sind, wie es der Fall bei der Gruppe der verfolgten Schüler ist.

Zu diesen Verfolgten ist nun erstmals eine ausführliche Studie erschienen. Die Autorin Tina Kwiatkowski-Celofiga hat eine Doktorarbeit mit dem Titel „Verfolgte Schüler – Ursachen und Folgen von Diskriminierung im Schulwesen der DDR“ vorgelegt. In langjährigen akribischen Recherchen hat

Das bedeutet, daß die schulischen Leistungen bei der Beurteilung eines Schülers eine nachgeordnete Rolle spielten. Das wichtigste Kriterium bei der Zulassung zur Abiturstufe bzw. zum Hoch- oder Fachschulstudium war nicht die Kompetenz der Person, sondern ihr Verhalten und ihre nach außen getragene positive Einstellung zum SED-Regime. Dabei blieb allerdings immer unklar, ob die Treue zum Regime ehrlich empfunden wurde oder zum Zweck der Erreichung der angestrebten Bildungskarriere lediglich geheuchelt war.

Für ihre Doktorarbeit hat die Autorin hauptsächlich in den zu Sachsen gehörenden ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt recherchiert. In dieser Region gab es deutlich mehr Angehörige der Zeugen Jehovas, als im Rest der DDR. Diese wurden besonders stark ausgegrenzt, weil sie dem Regime gegenüber keinerlei Konzessionen machten. Sie waren auch nicht bereit, pro forma in die FDJ einzutreten und lehnten die Teilnahme am Wehrkundeunterricht konsequent ab. Ab 1972 gab es neu formulierte Lehrverträge, in denen stand, daß sich der Auszubildende damit einverstanden erklärt, während der Lehrzeit an der vormilitärischen Ausbildung teilzunehmen. Da die meisten Zeugen Jehovas es ablehnten, solche Verträge zu unterschreiben, mußten sie selbst mit schulischen Bestnoten als ungelernete Hilfskräfte arbeiten und so schlecht bezahlt und oft die Gesundheit gefährdende Tätigkeiten verrichten.

Während der gesamten 40 Jahre DDR bekämpfte die SED vor allem religiös gebundene Schüler und solche aus bürgerlichen Elternhäusern, denen man unterstellte, ihre Kinder nicht im Sinne der SED-Parteilinie zu erziehen. In späteren Jahren kamen neue Gruppierungen auf,

die das Mißtrauen der SED-Oberen erregten. Da waren Mitte der 60er Jahre plötzlich Anhänger der Beatmusik mit ihren auffälligen Frisuren in den Schulen. Später kamen Heavy-Metal-Fans, Punker und diverse andere kulturelle Jugendbewegungen hinzu. Diese Entwicklung beäugte die SED mit größtem Mißtrauen und bekämpfte die Anhänger dieser neuen Strömungen nach Kräften. Wer offen einen individuellen Lebensstil pflegte, hatte kaum Chancen, im Bildungssystem der DDR aufzusteigen.

In den drei Verfassungen der DDR gab es ein verbrieftes Recht auf Bildung. Wie weit dieses Recht aber ging, war nicht genau definiert. Die SED-Führung war der Meinung, daß dieses Recht mit dem Ablegen der Mittleren Reife ausgeschöpft sei. Das Ermöglichen darüber hinausgehender Bildungsabschlüsse betrachtete sie als eine Auszeichnung für besonders linientreues Verhalten. Da es in der DDR keine Verwaltungsgerichtsbarkeit gab, konnte man auch nicht gegen eine Nichtzulassung zu einer höheren Bildungseinrichtung klagen. Schüler, die nicht zum Besuch der EOS zugelassen wurden, erhielten oft falsche Begründungen dafür. Häufig wurde eine aus politischen Gründen erfolgte Abweisung mit der geringen Zahl an Ausbildungsplätzen erklärt. In der Regel wurde in solchen Fällen argumentiert, der Schüler solle seine persönlichen Interessen den gesellschaftlichen Interessen unterordnen, weil eben nicht genug Ausbildungsplätze für bestimmte Fachrichtungen zur Verfügung stünden. Viele Eltern wehrten sich gegen die Zurückweisung ihrer Kinder mit Eingaben an verschiedene Institutionen, wie den Kreisrat und den Staatsrat, oder auch an die seit 1963 als Bildungsministerin amtierende Margot Honecker. Manchmal waren solche Eingaben sogar erfolgreich. In der Regel aber nicht.

Vor allem in den späteren Jahren der DDR hatte das Schulsystem immer mehr die Aufgabe, nicht nur Abweichler unter den Schülern aufzudecken, sondern auch systemnahe Schüler zu fördern und diese möglichst früh für den Dienst in der NVA als Offizier bzw. länger dienenden Unteroffizier zu werben. Diese durften dann selbst bei schlechteren schulischen Leistungen zur EOS gehen, obwohl andere Bewerber einen deutlich besseren Notenschnitt aufzuweisen hatten. Das führte dazu, daß sich manche Schüler z.B. nur als Berufsoffizier zur NVA verpflichteten, um zur EOS zugelassen zu werden. Diese Verpflichtung nahmen sie dann später

Tina Kwiatkowski-Celofiga

Verfolgte Schüler

Ursachen und Folgen von Diskriminierung im Schulwesen der DDR



Tina Kwiatkowski-Celofiga: *Verfolgte Schüler – Ursachen und Folgen von Diskriminierung im Schulwesen der DDR, aus der Reihe Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht 2014, 440 S., 69,99 €*

sie erforscht, wie in 40 Jahren DDR das Herausfinden von heranwachsenden kritischen Geistern in der Schule sowie die systematische und konsequente Verhinderung von Bildungskarrieren dieser Personen innerhalb des Schulsystems organisiert waren.

Die Existenzzeit der DDR unterteilt die Autorin diesbezüglich in drei Phasen: die antifaschistisch-antibürgerliche (in den ersten Jahren nach dem Krieg), die antiklerikal-atheistisch-sozialistische und die antipazifistisch-antichristlich dominierte (vor allem in den 70er und 80er Jahren).

In allen drei Phasen waren jedoch die Hauptkriterien bei der Auswahl der Kandidaten für den Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen – in der Regel die Delegation zum Besuch der Erweiterten

zurück. Auch wurden Studienwünsche für gerade von der staatlichen Planung nachgefragte Berufe angegeben, um zur EOS zugelassen zu werden. Später wurden dann die tatsächlich angestrebten Fachrichtungen angegeben.

Beim Aufspüren von Schülern, die dem Sozialismus kritisch gegenüberstanden und in dieser Hinsicht durch ihr Auftreten und ihre Äußerungen auffällig wurden, arbeiteten die Schulleiter eng mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammen, um solche Tendenzen von Anfang an zu beobachten und zu bekämpfen. Nach der Einführung der Wehrpflicht 1962 achtete man besonders auf „pazifistische Tendenzen“ bei männlichen Schülern. Äußerte jemand etwa Kritik an der Wehrpflicht oder verkündete gar die Absicht, den Wehrdienst mit der Waffe verweigern zu wollen und als Bausoldat zu dienen, mußten die Lehrer dies der Schulleitung melden, die diese Informationen an die Stasi weitergab. Wenn es zu „besonderen Vorkommnisse“ kam, mußten diese nach oben gemeldet werden. Dann wurde eine Kommission eingesetzt, die diese Vorkommnisse zu „klären“ hatte. Die Autorin führt hier als eines von vielen Beispielen den Schüler einer EOS an, der einen Aufsatz über die Beat-Musik geschrieben hatte. Er wurde daraufhin von der EOS relegiert, weil er in seinem Aufsatz Informationen verwendet hatte, die nur aus westlichen Rundfunk- oder Fernsehsendungen stammen konnten. Wurden solche oder ähnliche

„besonderen Vorkommnisse“ dann von einer Kommission untersucht, konnte dies durchaus disziplinarische Konsequenzen für Lehrer bedeuten, die abweichendes Verhalten von Schülern gedeckt hatten, indem sie es der Schulleitung nicht oder nicht frühzeitig mitteilten. Dies konnte in manchen Fällen sogar zur Entfernung aus dem Schuldienst führen.

In der DDR gab es eine rigide gehandhabte Sippenhaftung. Hatte jemand z.B. versucht, die DDR illegal zu verlassen und war dabei verhaftet worden, wurden seine Kinder bzw. Geschwister konsequent aus höheren Bildungsanstalten entfernt. Ebenso wurde verfahren, wenn die Republikflucht geglückt war oder ein naher Angehöriger von einer genehmigten Westreise nicht zurück gekommen war. Die Autorin führt einen Fall an, in dem ein Schüler am Tag der Ablegung der Abiturprüfungen von der Schule verwiesen wurde, weil seine Eltern kurz zuvor einen Ausreiseantrag in den Westen gestellt hatten. Der Zeitpunkt der Mitteilung über die Verweisung von der Schule wurde „aus erzieherischen Gründen“ ganz bewußt so gewählt.

In den letzten Jahren der DDR gab es eine geheime Liste, in der alle Bürger erfaßt waren, die wegen politischer Auffälligkeit von höheren Bildungseinrichtungen ausgeschlossen waren. Dadurch konnte man nicht mehr, was vorher offensichtlich ab und zu gelungen war, durch einen Umzug in eine andere Stadt das Bildungsverbot umgehen. Die Akte ging immer mit einem mit. Allerdings hatte die betroffene Person nie die Gelegenheit, diese Akte zu lesen und eventuell Einspruch gegen die dort gespeicherten Informationen zu erheben. Dieses Vorgehen hat übrigens die ostdeutsche Sprache um eine im Westen völlig unbekannte und jetzt auch nicht mehr gebräuchliche Vokabel erweitert. „Der wurde geext!“, war ein Schreckensruf an ostdeutschen Universitäten. Exen bedeutete eine

Zwangsexmatrikulation. Diese konnte durchaus auch wegen mangelhafter Leistungen verhängt werden, wurde aber sehr häufig als Mittel der politischen Disziplinierung genutzt und sollte der Abschreckung dienen.

Die Autorin befaßt sich auch mit den Langzeitschäden durch Verfolgung von Schülern und Studenten. Diese sind individuell sehr unterschiedlich und hängen hauptsächlich davon ab, in welcher Epoche der DDR die Verfolgungsmaßnahmen stattgefunden haben. Wer relativ kurz vor dem Ende der DDR Opfer eines Bildungsverbotes geworden war und eine Verfolgungszeit von mindestens drei Jahren nachweisen konnte, durfte von 1994 an mit BAföG studieren, das nicht zurückgezahlt werden mußte. Von dieser Möglichkeit konnten aber nur wenige von denen profitieren, die in den 40 Jahren DDR ihrer politischen Überzeugung oder ihres Glaubens wegen durch staatliche Willkür um ihre Bildungs- und Karrierechancen gebracht worden waren. Für den Großteil der noch lebenden Betroffenen trifft zu, daß sie wegen der mit großem Aufwand betriebenen staatlich organisierten Verhinderung von akademischen Karrieren heute eine deutlich niedrigere Rente beziehen, als wenn sie eine ihren geistigen Fähigkeiten entsprechende berufliche Karriere hätten machen können. Als Spätfolge



Jens Planer-Friedrich, Esther Schabow: „Du verbaust Dir die Zukunft!“ Verfolgte Schüler – ihre soziale, individuelle und wirtschaftliche Situation heute, Bürgerbüro e.V., Berlin 2010, Bezug über: Bürgerbüro e.V., Tel. (030)463 48 06, E-Mail info@buergerbuero-berlin.de



Gerhard Barkleit, Tina Kwiatkowski-Celofiga: Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien. Zum erziehungs- und Bildungssystem der DDR, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung 2008, Bezug antiquarisch, für Einwohner des Freistaates Sachsen auch über E-Mail publikationen@slpb.smk.sachsen.de

Unterstützung für Initiative Mahnmal

Prag, Budapest, Moskau, Sofia – nicht nur in diesen vier Städten gibt es zentrale Denk- und Mahnmale für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Der Kommunismus hat im letzten Jahrhundert weltweit Millionen von Menschen unterjocht und zerstört. Viele Staaten in Ost- und Mitteleuropa gedenken dieser Opfer durch zentrale Mahnmale.

Wir fordern auch in Berlin einen solchen Ort!

Wenn Sie die Initiative der UOKG für ein zentrales Mahnmal unterstützen möchten, unterschreiben Sie auf unserer Unterschriftenliste und sammeln Sie auch in Ihrem Bekanntenkreis Unterschriften – wir benötigen zahlreiche Stimmen, die die Initiative Mahnmal mit Nachdruck unterstützen.

Listen können angefordert werden bei: E-Mail Mahnmal@uokg.de oder per Post UOKG/Initiative Mahnmal, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin





Bettina Ernst-Bertram, Jens Planer-Friedrich: *Pfarrerskinder in der DDR. Außenseiter zwischen Benachteiligung und Privilegierung*, Bürgerbüro e.V. Berlin, 2. Aufl. 2013, Bezug über: Bürgerbüro e.V., Tel. (030) 463 48 06, E-Mail info@buergerbuero-berlin.de

Volldarlehensregelung der Regierung Kohl, die im Oktober 1983 in Kraft trat, und tragen teilweise noch heute schwer an den Schulden, die auf diese Änderung des BAföG zurückzuführen sind. Zwischen 1999 und 2011 haben ehemalige verfolgte Schüler in drei Petitionen an den deutschen Bundestag die rückwirkende Einbeziehung ihres Personenkreises in die Vergünstigungen, die der § 60 BAföG bietet, gefordert; das heißt den Erlaß der BAföG-Schulden und die Erstattung der bereits zurückgezahlten Gelder. Bisher wurden diese Forderungen immer abgelehnt.

*Wenn ein Mensch behauptet,
mit Geld ließe sich alles erreichen,
darf man sicher sein,
daß er nie welches gehabt hat.*

Aristoteles Onassis

Nicht alles, ein Stacheldraht-Abo aber schon.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

der Verfolgung setzt sich somit die daraus resultierende Benachteiligung der verfolgten Schüler durch niedrige Renten bis ans Lebensende fort. In besonderer Weise sind diejenigen verfolgten Schüler betroffen, die lange vor dem Fall der Mauer in den Westen gelangt waren und dort versuchten, ihre ihnen im Osten aus politischen Gründen verwehrt Bildung nachzuholen. Sie wurden zusätzlich hart getroffen von der BAföG-

Tina Kwiatkowski-Celofiga zitiert aus einem Interview mit Margot Honecker: „In der DDR konnte man eine Erweiterte Oberschule besuchen und die Hochschulreife erwerben – man mußte es nicht. Es gab für den Schüler sowenig eine Pflicht zum Abitur, wie der Staat verpflichtet war, jedem, der das Abitur zu machen wünschte, dies zu ermöglichen. (...) Aber es ist nicht unbillig, wenn der Staat, der einem jungen Menschen die individuelle Ausbildung finanzierte, dafür mindestens Loyalität erwartete. Warum sollte er, um die Metapher in Äsops Fabel ‚Der Bauer und die Schlange‘ zu benutzen, eine Schlange an seinem Busen nähren oder wärmen.“ Dieser Zynismus spricht für sich.

Anders als in bürgerlichen Gesellschaften war für die SED Bildung kein Wert an sich. Es wurden nur so viele Menschen zu höherer Bildung zugelassen, wie die staatlich gelenkte Wirtschaft und Verwaltung benötigte. Für Freigeister und Bohemiens war kein Platz im staatlich gelenkten und kontrollierten Bildungswesen der DDR.

Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes wurden sehr viele Lehrer in das neue Schulsystem übernommen. Das Hauptkriterium für eine Übernahme war meist die Feststellung, daß sie nicht als IM für die Stasi tätig gewesen waren. In welcher Weise Schuldirektoren, Klassenlehrer, Schulparteisekretäre, Pionierleiter usw. an der Verfolgung kritischer Schüler und deren Entfernung aus dem Bildungswesen beteiligt waren und sich somit zumindest moralisch schuldig machten, wurde nie näher beleuchtet. So muß man davon ausgehen, daß es in den Schulen noch immer eine nicht geringe Anzahl von Lehrkräften gibt, die sich damals an der Verhinderung von Bildungskarrieren von Schülern, bei denen widerständiges oder zumindest unliebsames Gedankengut festgestellt wurde, beteiligt haben. Diese Personen haben große Schuld auf sich geladen und beziehen gut dotierte Lehrergehälter im Rechtsstaat. Viele von ihnen sind sogar nachträglich noch verbeamtet worden. Sie können sich im Alter über üppige Pensionen freuen. Die Schüler, deren Bildungsaufstieg sie mit verhindert haben, müssen sich dagegen mit bescheidenen Renten begnügen oder rutschen gar in die Altersarmut ab.

Zum Schluß ihrer Arbeit regt die Autorin an, einmal zu untersuchen, wie das Pro-

blem der verfolgten Schüler in den anderen ehemaligen Ostblockstaaten geregelt wurde und welche Entschädigungen dort den Betroffenen gewährt wurden. In diesem Zusammenhang wäre es auch interessant zu erforschen, wie Schüler, die während der Nazizeit verfolgt worden waren, nach dem Krieg entschädigt wurden. Dazu gibt es scheinbar bis heute noch keine wissenschaftlichen Untersuchungen.

Das Buch von Tina Kwiatkowski-Celofiga sei allen zur Lektüre empfohlen, vor allem aber jenen, die auch heute noch von dem vermeintlich guten Bildungssystem in der DDR schwärmen.

Persönlicher Nachtrag

Bei den Verfolgten des SED-Regimes im allgemeinen und bei den verfolgten Schülern im besonderen ist die völlig ausgebliebene soziale Anerkennung ein nicht zu unterschätzender seelischer und moralischer Faktor.

Wenn z.B. eine verfolgte Schülerin, die es mit Mühe zur Krankenschwester gebracht hat, aber das Zeug zur Ärztin gehabt hätte, im Urlaub neue Menschen kennenlernt, nach ihrem Beruf gefragt wird und antwortet: „Ich bin Krankenschwester.“ Aha, Krankenschwester bist du also. Okay. Mit der Antwort: „Ich bin Ärztin“, hätte sie eine ganz andere Reaktion und ein ganz anderes Ansehen erfahren.

Ich habe ebenfalls solche Erfahrungen gemacht. Nach dem Verbot des Abiturs nach der 8. Klasse und Stasi-Haft gleich nach dem Abschluß der Mittleren Reife habe ich Rohrleger gelernt. Nach dem Abbruch meines Lehrerstudiums an der FU Berlin wegen gesundheitlicher Haftschäden arbeitete ich viele Jahre als Hausmeister an der FU. Wenn ich neue Bekanntschaften machte, besonders im Urlaub, habe ich mich gern etwas unpräzise geäußert und angegeben, daß ich für die technischen Belange in verschiedenen Gebäuden der FU zuständig sei. Manchmal habe ich auch gesagt, ich hätte Gas-Wasser-Installateur gelernt. Die Menschen haben sich dann allerdings über meine Fremdsprachenkenntnisse gewundert. Es ist in solchen Situationen einfach müßig, jedem neuen Bekannten erst einmal sein Leben zu erklären. Dieser Mangel an sozialer Anerkennung ist eine seelische Dauerwunde.

Die Urnen der Toten von Untermaßfeld

Anfang letzten Jahres schrieb Rosel Werl in dem Artikel „Neunundvierzig Namen“ (Ausgabe 2/2014) über den Gedenkstein für die Toten von Untermaßfeld auf dem Friedhof in Meiningen. Ich will berichten, wie es dazu kam, daß die Urnen dieser Toten in einem Massengrab auf dem Meiningener Friedhof verscharrt worden sind.

Karl-Friedrich Wendt gehörte zu neun Penzliner Jugendlichen, die 1945 und 1946 von den Russen verhaftet und am 30. März 1946 durch ein Sowjetisches Militärtribunal in Güstrow verurteilt wurden. Er erhielt zwölf Jahre Lagerhaft.

Die Jugendlichen Rudi Schwarz, Rudi Pröber und Karl-Friedrich Wendt waren drei der 1229 Häftlinge, die im Februar 1950 von den Russen an die DDR-Behörden übergeben und unter unmenschlichen Bedingungen im Güterzug von Sachsenhausen nach Untermaßfeld transportiert wurden. In Untermaßfeld trieb man die Häftlinge durch die Straßen vom Bahnhof zur Haftanstalt wie Vieh (ausgemergelt, um die 40 kg Körpergewicht, viele noch in der Kleidung von ihrer Verhaftung, die Köpfe kahlgeschoren), unter strenger Bewachung der Volkspolizei mit Kalaschnikows und Hunden.

Dazu stand in der Zeitung „Thüringer Volk“ vom 16. Februar 1950, daß die Bevölkerung mit den Häftlingen kein Mitleid zu haben brauche, denn 70 Prozent seien Kriminelle, der Rest setze sich aus ehemaligen Soldaten, den Angehörigen von SS und SA zusammen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hätten. Bei den mitgenommenen Jugendlichen handle es sich meist um solche, die Morde, Raubüberfälle oder Diebstähle mit der Waffe ausgeführt hätten.

Wie aus einem Aktenvermerk der Hauptabteilung HS Berlin vom 20. Februar 1950 hervorgeht, wurde eingeschätzt, daß ca. 30 Prozent der Gefangenen in den Lagern Torgau, Untermaßfeld und Luckau tbc-krank seien und sich darunter auch ein Großteil schwerer Fälle befände (Kaustik-Behandlung, Rippenresektionen). – Zu einem späteren Zeitpunkt wurden ca. 50 Prozent Tbc-Erkrankungen festgestellt. In dem Aktenvermerk ist auch zu lesen, daß die Ernährung nicht ausreichend gesichert werden konnte. Dieser Vermerk wurde

unterschrieben von Volkspolizei-Oberrat Gertich.

Karl-Friedrich Wendt verstarb am 1. Juni 1950 in der Haftanstalt Untermaßfeld. Die Eltern erhielten die Erlaubnis, ihren toten Jungen nach Hause zu holen. Der Kraftfahrer Heinz Begert von der ATG Mecklenburg [Auto-Transport-Gemeinschaft Mecklenburg] bekam mit Datum vom 2. Juni 1950 von der Volkspolizei-Kreisbehörde Waren die Genehmigung, die Leiche mit dem LKW aus Untermaßfeld/Thüringen abzuholen. Der entsprechende Frachtbrief wurde am 3. Juni 1950 unter der Frachtbrief-Nummer 81 in Penzlin ausgestellt, mit Angabe über die Art der Verpackung: „1 Kiste – Inhalt der Kiste: 1 Leiche“. Laut Rechnung vom 26. Juni 1950 kostete der Transport der Leiche 503,70 Mark.

Die Beerdigung fand am 5. Juni 1950 auf dem Penzliner Friedhof statt. Ich war zu diesem Zeitpunkt zwölf Jahre alt und hatte den Eindruck, daß die gesamte Bevölkerung auf dem Friedhof war.

Ursula Reinhardt aus Lünen hat mir ihre Erinnerungen an den 4. und 5. Juni 1950 schriftlich mitgeteilt. Zum 4. Juni schreibt sie, daß sie nachts wach wurden, weil lautes Weinen und Wehklagen vom Friedhofseingang herüberschallte. Sie vermuteten, daß die Familie, trotz Verbots, den Sarg geöffnet hatte und beim Anblick des Toten ihren Schmerz in die Nacht hinaus schrie.

Bei der Beerdigung am 5. Juni war die gesamte Bevölkerung der Stadt auf dem Friedhof. Nach der Rede eines SED-Funktionärs aus Waren haben bis auf die Familie alle den Friedhof verlassen. Durch den Tod Karl-Friedrich Wendts kam es bei den restlichen acht Familien zu Verzweigungsausbrüchen, weil diese noch immer nicht wußten, was aus ihren Jungen geworden war.

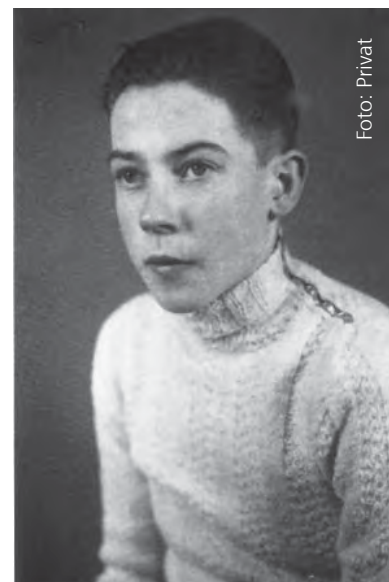
Am 29. Januar 1991 schrieb Dr. Wolfgang Eisert an Dr. Rudolf Radke aus Bad Kreuznach (er war beteiligt an der Rehabilitation der Jugendlichen), daß sie bei der Durchsicht der Waldheim-Akten auf eine Anweisung des Hauptabteilungsleiters der HA Haftanstalten an die Leiter der Strafanstalten, die dem Mdl der DDR unterstanden, gestoßen seien. Sinngemäß hatte die Anweisung folgenden Inhalt:

Der Leiter der Strafanstalt Untermaßfeld hat am 2. Juni 1950 die Leiche Karl-Friedrich Wendts aus Penzlin an die Angehörigen übergeben. Der Vater des Verstorbenen organisierte ein öffentliches Begräbnis. Daran nahmen etwa 300 Bewohner Penzlins teil. Die Trauerfeier wurde zur Demonstration. Wendt ehrte man als Opfer der DDR. Die Angehörigen von Verstorbenen werden nicht mehr benachrichtigt.

Nach dieser Anweisung erhielten die Angehörigen der Verstorbenen keine Nachricht mehr, und die Urnen der Toten wurden ohne Namen in Meiningen eingegraben. Damit schließt sich der Kreis zum dem oben erwähnten Artikel von Rosel Werl, und wir wissen nun, warum sich die Urnen von Untermaßfeld auf dem Friedhof von Meiningen befinden. Karl-Friedrich Wendt wurde am 2. Februar 1995 vom Hauptmilitärstaatsanwalt der Russischen Föderation rehabilitiert. Die hier aufgeführten Dokumente befinden sich in meinem Besitz.

Im letzten Absatz ihres Artikels fragte sich Rosel Werl, warum die unmenschlichen Wachtmeister bisher nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Dieser Frage kann ich mich nur anschließen.

Horst Vau



Karl-Friedrich Wendt vor seiner Verhaftung.

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

„Informieren Sie bitte weiter!“

Veranstaltungen zum 25. Jubiläum des Mauerfalls

25 Jahre Mauerfall – bis in den kleinsten Winkel unseres Landes wurde im November 2014 erinnert, gefeiert, aber auch gemahnt. Jeder Ort beging dieses politische Ereignis auf seine Weise. Im rund 7000 Einwohner zählenden Erzgebirgsstädtchen Burkhardtsdorf gab es in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Auerbach und Gornsdorf am 7. November 2014 ein Mammutprogramm unter dem Motto „25 Jahre Friedliche Revolution – Jugend erfragt

Andrea Arnolds, Bürgermeisterin von Gornsdorf, sowie Horst Kretzschmanns, Bürgermeister von Auerbach. Danach folgte der erste Teil des Programms mit den Referaten zweier Zeitzeuginnen: Inge Naumann aus Hohnstein und ich aus Köln. Wir beiden ehemaligen Häftlinge des nur etwa 14 Kilometer entfernt liegenden berühmten Frauenzuchthauses Hoheneck erläuterten den Anwesenden unsere ganz persönlichen Erlebnisse. Während ich



Foto: Andrea Hinkel

Die Zeitzeuginnen Ellen Thiemann (l.) und Inge Naumann berichten von ihren Hafterlebnissen.

Geschichte“. Die riesige Sport- und Mehrzweckhalle der rund 850 Zuschauer fassenden „Eurofoam arena“ erlebte wieder einmal einen Höhepunkt. Diverse Schüler-Aufführungen mit Liedern, Theaterstücken, Lesebeiträgen, Interviews, Rollenspielen, Mauer geschichten sowie mit viel Geschick gestaltete Schautafeln aus den Orts-Chroniken, interessante Foto-Dokumentationen und die Ausstellung „Stasi ohne Macht“ von der BStU Chemnitz sorgten für großes Interesse. Ein besonders origineller Einfall: Beim Catering, das die Schüler der evangelischen Oberschule Burkhardtsdorf anboten, konnte man wählen aus den Speisekarten Ost (Soljanka, Wiener Würstchen mit Brötchen, Hackepeterbrötchen, Schnapstorte) oder West (Gemüsesuppe, Hot Dog, Belegte Brötchen, Eierlikörtorte). Zwischen kompletten Schulklassen tummelten sich an diesem ereignisreichen Tag ganze Familien am Ort des Geschehens, die Kleinsten auf Mamas Schoß waren erst wenige Monate alt.

Die Groß-Veranstaltung eröffnete Thomas Probst, der umtriebige Bürgermeister von Burkhardtsdorf, gefolgt von Grußworten

wegen geplanter Republikflucht in den Jahren 1973 bis 1975 inhaftiert war, erlebte Inge Naumann wegen Ausreisearbeitung von 1983 bis 1985 die menschenverachtenden Methoden dieser DDR-Strafanstalt.

In der anschließenden Frage- und Diskussionsstunde war den Anwesenden die Erschütterung über

die beiden Zeitzeugenberichte anzumerken. „Hat sich jemals einer von den Zuchthausangestellten bei Ihnen entschuldigt?“ fragte eine Besucherin mit zittriger Stimme. „Es ist gut, daß Sie uns so umfassend aufklären. Machen Sie weiter so“, meinte ermutigend ein Mann mittleren Alters. „Wie haben Sie denn diese lange Zeit ohne Familie überhaupt ausgehalten? Konnten Sie Besuch von Ihren Kindern bekommen?“ – die Schüler-Fragen betrafen meist den privaten Bereich. Später bei der Signierstunde am Stand vom Buchladen Lindner, deren Mitarbeiter extra aus Stollberg angereist waren, um zahlreiche Werke über das Frauenzuchthaus anzubieten, flüsterte mir eine betagte Dame ins Ohr: „Ich schäme mich sehr für das, was damals in unserer unmittelbaren Umgebung geschehen ist“. Und ein Ehepaar erklärte mit Nachdruck: „Wir wissen, wovon Sie sprechen. Auch wir waren wegen Fluchtplanung eingesperrt. Informieren Sie bitte weiter!“ Fazit dieser Großveranstaltung mit vielen unterschiedlichen Facetten: Der enorme Aufwand seitens der Organisatoren von drei Gemeinden, von Lehrern und Schülern mehrerer Schulen machte deutlich: Für sie

war es kein Pflichtprogramm, diesen 25. Jahrestag zu begehen, sondern ein echtes Bedürfnis.

*

Unter dem Motto „25 Jahre Mauerfall – 25 Jahre Aufarbeitung“ hatte am nächsten Tag der Förderverein Gedenkstätte Stollberg und der Buch-und-Kunst-Laden Lindner in die Stollberger Stadtbibliothek geladen. Zahlreiche Interessenten waren weit vor dem angesetzten Termin dort erschienen, wo sie später die Gelegenheit hatten, unter der Führung von Bibliotheksleiterin Kathleen Roskosch die Dauerausstellung übers Frauenzuchthaus Hoheneck mit Zeugnissen aus den Jahren von 1950 bis 1956 zu besichtigen: Original-Dokumente, Fotos, Schicksalstafeln, alte Zellentüren, Häftlingskleidung und vieles mehr.

Nach Eröffnung der Veranstaltung durch Claudia Lindner hielt Politikerin Uta Windisch, von 1994 bis 2014 Sächsische Landtagsabgeordnete, eine beeindruckende Ansprache: „Wir erinnern uns in diesen Tagen an die wohl glücklichsten Stunden unserer Geschichte, den 25. Jahrestag des Mauerfalls und der friedlichen Revolution... Wir sind seitdem freie Bürger eines geeinten freiheitlichen Staates.“ Ihr Rückblick auf die Vorkommnisse am Dresdner Hauptbahnhof im November 1989, wo „1303 Personen festgenommen und über 600 nach Bautzen gebracht wurden“, ließ manchen Besucher erschauern. Vielen sprach die Politikerin mit ihren Worten aus der Seele: „Es tut mir weh, daß der Freiheitsgewinn und auch der überall sichtbare Wohlstandsgewinn abgewertet werden und dieser Prozeß Hand in Hand mit einer Verharmlosung der SED-Diktatur läuft... daß ausgeblendet wird, welches Unrecht systematisch und massenhaft geschehen ist... daß dieser Staat nicht einmal seine eigenen Gesetze eingehalten hat.“ Und mit ihrer Mahnung wegen der Verletzung elementarster Menschenrechte, der Verweigerung von freien Wahlen, Einschüchterung, Verbreitung von Angst und allgegenwärtiger Überwachung kam Uta Windisch zu der Schlußfolgerung: „Vor diesem Hintergrund finde ich es nahezu grotesk, daß in diesen Tagen öffentlich darüber diskutiert wird, ob die DDR ein Unrechtsstaat war.“

Das wurde dem Publikum spätestens bei meinem Vortrag klar, in dem ich über die brutalen Methoden im Frauenzuchthaus berichtete. Etliche Anwesende interessierten sich brennend dafür, ob von den enttarnten Stasi-Spitzeln des Anstalts-personals jemand nach Erscheinen des

Buches „Wo sind die Toten von Honeck?“ mich attackiert habe. Immerhin hatte ich erstmalig 18 Stasi-IM mit ihren Klarnamen öffentlich gemacht. Aber die Dokumente sind dermaßen erdrückend, daß Klagen von vornherein sinnlos gewesen wären. Um so infamer: Ausgerechnet eine ehemalige, mir bis 2011 nicht bekannte Inhaftierte zerrte mich vor den Kadi und forderte 5000 Euro. Plötzlich behauptete sie, in die absolute „Anonymität“ abtauchen zu wollen, obwohl sie mich vorher massiv bedrängt hatte, ihre Story unbedingt bekannt zu machen und sie als Zeitzeugin „zu coachen“. Unter

dem Publikum rief die Schilderung starke Empörung hervor. Aber auch die Tatsache, daß ehemaliges Personal heute an exponierter Stelle weiter seinen Dienst tut. So, wie eine gefürchtete Honeck-Aufseherin, die seit vielen Jahren im Personalrat des Sächsischen Justizministeriums in Dresden als Beamtin tätig ist und 2014 zusätzlich das Amt der „Frauenbeauftragten“ übertragen bekam. Oder wie die beiden Anstaltsärzte, die als IM „Pit“ und IM „Franziska“ zu DDR-Zeiten Spitzeldienste fürs MfS leisteten, heute in Ahrensfelde bei Bernau und in Chemnitz gutgehende Arztpraxen führen.

„Das alles darf nicht vergessen oder gar totgeschwiegen werden“, forderte eine Besucherin. So empfinden auch alle ehemaligen politischen Häftlinge. Seit über zwei Jahrzehnten erleben die Zeitzeugen, daß die Zuhörer immer wieder Appelle bezüglich der Aufklärung an sie richten. Deshalb wäre es wünschenswert, daß die meist älteren Referenten für ihren verantwortungsvollen Einsatz eine intensivere Unterstützung und mehr Anerkennung seitens der Politik und der diversen Arbeitsgemeinschaften erhalten.

Ellen Thiemann

Vom Saulus zum Paulus

Rostocker Polizei versucht Aufarbeitung ihrer Rolle im Herbst

Es wird bereits dunkel an diesem Abend. Zielstrebig gehe ich auf den Eingang der „Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi“ (DuG) in Rostock zu. Ein Gefängnisbau aus den 50er Jahren, trostlos, festungsähnlich. Gegenüber herrscht geschäftiges Treiben. Ein Supermarkt hat hier vor einiger Zeit seine Türen geöffnet. Vor dem Eingang des ehemaligen Stasi-Gebäudes stehen einige Uniformierte, darunter zwei jüngere Frauen. Alle grüßen freundlich, nur ein Mitfünfziger weckt mit seinem schneidigen, provozierenden Ton unguete Erinnerungen bei mir an meinen Zwangsdienst in der sogenannten NVA. Für die Veranstaltung an diesem Abend, bei der die Ausstellung „Sag mir, wo du stehst...“ eröffnet werden soll, ist Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Caffier als Gast angekündigt. In der Gedenkstätte, im Eingangsbereich, wo die Häftlinge damals dem Terror der Stasi-Schergen ausgesetzt waren, sind Stuhlreihen aufgestellt, ein Kamerateam richtet seine Technik ein. Zahlreiche Uniformierte sind bereits anwesend, sie wirken elitär. Das Rostocker Polizeipräsidium hat zur Eröffnung der Ausstellung „Sag mir, wo du stehst...“ – Die Polizei in der Friedlichen Revolution 1989“ eingeladen; eine Exposition, die die Rolle der Rostocker Polizei im Herbst 1989 beleuchten soll.

Der erste Redner ist der Rostocker Polizeipräsident Thomas Laum, der aus den alten Bundesländern kommt. Er sei vor dem Mauerfall BKA-Beamter im Staatsschutz mit Schwerpunkt auf kriminellen Aktivitäten der Hauptabteilung XX Markus Wolfs in den alten Bundesländern gewesen. Laum bleibt eher an der Ober-

fläche. Er betont das gute heutige Verhältnis der Polizisten aus Ost und West in seinem Verantwortungsbereich. Sehr viel Konkretes zur Rolle seiner Institution im Herbst 1989 ist nicht zu erfahren, insbesondere nicht zu deren Verfehlungen. Der Titel „Sag mir, wo du stehst...“ – da wird er dann doch politisch – sei gewählt, um zu symbolisieren, daß jeder Polizist damals habe entscheiden müssen, wo er stehe bei den Demonstrationen, welche Einstellung er zu diesen habe.

Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU), betont die Bedeutung der Ausstellung für die Demokratie. Es sei sehr wichtig, daß sich die Polizei mit ihrer Vergangenheit auseinandersetze. „Wer sich nicht mit Geschichte auseinandersetzt, hat auch Schwierigkeiten, sie zu leben“, sagt Caffier. Er geht offensiver als sein Vorredner an die Thematik der Verstrickung der Polizei im SED-Staat heran. Am Ende seiner Ausführungen schätzt der Innenminister ein: „Ich bin mir sicher, daß die Ausstellung dazu beiträgt, das Vertrauen der Bürger in den Staat weiter zu stärken.“

Dr. Volker Höffer, Außenstellenleiter des BStU in Waldeck-Dummerstorf und verantwortlich für die wissenschaftlich-historische Darstellung dessen, was in der Ausstellung gezeigt wird, geht in seinem Diskurs zunächst darauf ein, daß in dem für die Ausstellung ausgewerteten Aktenmaterial sehr viel Belastendes gefunden worden sei. Es habe nicht nur bei der Stasi sondern auch bei der Polizei 1989/1990 massive Aktenvernichtungen gegeben. Er sagt, daß die Auseinandersetzung mit der Rolle der Polizei in der Diktatur sehr viel

früher hätte geführt werden müssen. „Wir fangen hier in Mecklenburg-Vorpommern damit an, das freut mich als Bewohner dieses Bundeslandes.“ Wichtig ist dem Historiker der Aspekt der notwendigen Vergangenheitsbewältigung bei der Polizei, „für eine Institution, die für ein friedliches, rechtskonformes Zusammenleben zuständig ist.“ Sie sei auch wichtig, um Diktatur zu verstehen.

Die Ausstellung zeigt auf wenigen, prägnanten Tafeln den Wandel der Polizei von einer diktaturstützenden Institution zum „Sicherheitspartner“ bei den Herbstdemonstrationen. Der Besucher erfährt Wissenswertes aus diesem aktuellen Forschungsbereich, übersichtlich und auf den Punkt gebracht, wird das Wesentliche der Transformation der Polizei vom Saulus zum Paulus dargestellt. Die Ordnungskräfte standen lange Zeit auf Seiten von SED und Stasi während der Demonstrationen, sie kriminalisierten die eigene Bevölkerung und „erfaßten“ die „Rädelsführer“. Erst mit politischen Entscheidungen der SED-Führung in Berlin und mit der Entmachtung Honeckers begann sich die Rolle der Polizisten zu ändern. Sie agierten zunehmend als Sicherheitskräfte im eigentlichen Sinn. Erschreckend ist die Erkenntnis, wie viel Aktenmaterial auch bei der Polizei im Herbst 1989 vernichtet wurde.

Insgesamt hinterlassen die Veranstaltung und die Ausstellung einen positiven Eindruck. Die Polizei in Rostock wagt den Schritt in die Öffentlichkeit bezüglich der eigenen Diktatur-Vergangenheit und geht damit einen ähnlichen Weg wie der „Nordkurier“ als ehemalige SED-Bezirkszeitung in Neubrandenburg, der seine Geschichte durch eine externe Journalistin untersuchen ließ.

Jörg Plath

Gedenkfahrt nach Tost 2015

Vor 70 Jahren ging der II. Weltkrieg seinem katastrophalen Ende entgegen. Bereits im Januar 1945 erreichte das sowjetische Heer die Oder. Bis 1989 waren die Konsequenzen der sowjetischen Besatzung nur ein Flüsterthema in den Ost-

hier unter brutalsten Bedingungen eingepfercht, zwei Drittel starben innerhalb weniger Monate.

1993 fuhr ich zum ersten Mal mit ehemaligen Häftlingen nach Tost. Hier wurde mir eine hübsche Wiese gezeigt, unter der 1945 etwa 2500 Tote in einer Kiesgrube verscharrt wurden, weitere 500 „beerdigte“ man auf dem jüdischen Friedhof nebenan. Die Wiese war lange für uns Angehörige das eigentliche Grab. 2010 erfuhr ich, daß das Grundstück verkauft werden sollte, und schon 2011 erblickten wir ein riesiges Kohlenlager darauf. Auf meine Initiative hin wurden 2012 durch die Deutsche Kriegsgräberfürsorge Probegrabungen veranlaßt – das Resultat war enttäuschend. Scheinbar befanden sich die Massengräber nicht an dieser Stelle. Jürgen Weigelt aus Bernburg, CDU-Landtagsabgeordneter in Sachsen Anhalt und gelernter Archäologe, dessen Großvater 1945 hier starb, hat nun vor Ort neu recherchiert und den Kontakt zu polnischen Behörden und der Kriegsgräberfürsorge aufgenommen. Er hat erreicht, daß im Frühjahr 2015 weitere genehmigungspflichtige Probegrabungen in der Nähe durchgeführt werden, denn es existierten damals mehrere große Kiesgruben. Wir hoffen sehr, daß endlich der

Ort mit den „richtigen“ Massengräbern gefunden wird.

Am **16. Mai 2015** wollen wir wieder nach Tost fahren. Die Vorsitzende des Deutschen Freundschaftskreises in Tost, Dorothea Matheja, hat alle notwendigen Vorbereitungen für eine Gedenkfeier in die Wege geleitet: Besuch im ehemaligen Gefängnis, Feier an unserer Gedenkstätte sowie in der schönen Barbara-Kapelle mit einem deutschsprachigen Pfarrer, Musikbegleitung, Mittagessen und Kaffee auf der Eichendorff-Burg. Für die Fahrt am 16.5.2015 habe ich wieder einen Bus der Firma Gläser gechartert, der in Drebach/Erz. morgens gegen 03.00 Uhr die Tour beginnt. Teilnahmepreis für Bus und alle Ausgaben in Tost einschließlich Geld für Gedenkstättenpflege: 90,- Euro p.P. Hotelzimmer sind reserviert (bis 28.2.15) im Hotel Lindenhof in Dresden-Langebrück, für zwei Nächte vom 15.–17.5.2015, zum Gruppenpreis: 4 Einzelzimmer zu 45,- Euro Ü/F und 8 Doppelzimmer zu 60,- Euro Ü/F. Bitte selber buchen unter Tel. (03 52 01) 750 oder E-Mail hotel.lindenhof.dresden@t-online.de. Die Übernachtung ist nicht im Teilnahmepreis enthalten.

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme. Anmeldung bitte bei mir unter Tel. (040) 53 32 05 99 oder E-Mail kraegel@uokg.de.

Sybille Krägel

tor Thomas Irmer äußerte sich zu Gestaltungsfragen.

Die drei Hauptsäulen am ehemaligen Gefängnis Eingang vor dem Verwalterhaus wurden von drei Zeitzeugen enthüllt. Nun ergriff ich spontan das Wort und sagte fest und gut vernehmlich: Ich heiße Günter F. Toepfer, bin einer der heute Geehrten, war 1962 hier im Gefängnis Rummelsburg Häftling – politischer Häftling. Bei aller Wertschätzung für die heutige Arbeit des ersten Redners im Bezirksamt, Herrn Dr. Prüfer, ist es eine unverschämte Provokation, daß heute und hier zu diesem Gedenken ein Mitglied des Stasi-Wachregiments „Feliks Dzierzynski“ spricht (deutlicher Applaus).

Der Zustimmung meiner zahlreichen Haftkameraden war ich gewiß. Es hat dann noch viel persönliche Zustimmung gegeben, sogar von Menschen, von denen ich das nicht erwartet hatte. Anschließend, nach gut einer Stunde, durfte dann Horst Jänichen, infolge seines Alters schon sichtlich erschöpft, als ältester der Geehrten sprechen.

Günter F. Toepfer



Foto: Rolf Granert
In der kleinen Gedenkstätte für die Opfer des NKWD-Lagers Tost.

block-Gebieten. Dann brachen im Herbst 1989 zum Glück die politischen Dämme in Ost-Europa, nun entstand die Möglichkeit zu forschen, laut zu sprechen, eine Wende zur Demokratie setzte ein, und ich konnte mich endlich der Aufklärungsarbeit um das NKWD-Lager Tost – ab Ende 1945 polnisch Toszek – widmen, wo auch mein Vater Hans-Werner Rasmussen aus Hainichen umkam. 4500 Zivilisten waren

Späte Ehrung

Steleneinweihung am 12. Januar 2015 auf dem Gelände der ehemaligen Haftanstalt Rummelsburg in Berlin

Mehr als 25 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR dauerte es, bis endlich auch an diesem Ort des Leidens und der Repression ein würdiges Gedenken erfolgte. Dazu wurden Stahlsäulen mit Bildern aus den unterschiedlichen Epochen aufgestellt und auf vier kleineren Stelen die Fotos und die Lebensläufe von ehemaligen Häftlingen, exemplarisch für Zehntausende politischer

Häftlinge in der DDR, dargestellt (Jänichen, Richter, Toepfer und Zilli).

Auf der Veranstaltung sprach zunächst der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Lichtenberg, Dr. Andreas Prüfer, langjähriges Mitglied der SED, später PDS, heute die Linke und ehemaliges Mitglied des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“. Während dieser Rede bin ich, in der zweiten Reihe, aufgestanden und habe dem Redner den Rücken zugewandt.

Projektleiter Rainer Klemke erläuterte die Schwierigkeiten im politischen Vorfeld insbesondere mit den Ewiggestrigen und sprach von der Erleichterung, nach zwei Jahren heute das Projekt abschließen zu können. Der ehemalige Bürgermeister von Lichtenberg, Andreas Geisel, seit kurzem Bausenator, dankte in einem Grußwort uns Zeitzeugen, der Anwohnerschaft und allen Mitwirkenden. Kura-



Foto: Richard Kriens
Günter F. Toepfer neben „seiner“ Stele.

Der Mief des Bösen und des Grauens

Bauarbeiten in der künftigen Gedenkstätte von Hoheneck

Anlässlich zweier Vorträge im Erzgebirge nutzte ich die Gelegenheit, mich über die Restaurierungsarbeiten im ehemaligen Frauenzuchthaus Hoheneck zu informieren. Michael Eisenreich vom „Förderverein Gedenkstätte Stollberg – Frauenhaftanstalt Hoheneck“ erklärte sich spontan bereit, mir an Ort und Stelle den gegenwärtigen Stand zu erläutern. Der Stollberger Fachmann für Sicherheitssysteme

Land Sachsen insgesamt 3,7 Millionen Euro veranschlagt. Für die Gedenkstätte sind Kosten in Höhe von ca. 947 000 Euro eingeplant, die Fertigstellung wird das gesamte Jahr 2015 umfassen.

Der Stollberger Förderverein hat mittlerweile in dem Gebäude, das unter den Häftlingen als „Offiziers-Villa“ bekannt war, ein freundliches Büro eingerichtet.

„Hier werden per Telefon Termine für Führungen vereinbart, Presseanfragen und vieles mehr erledigt“, erklärt Michael Eisenreich, der sich mit Herz und Seele der Aufklärung über Hoheneck verschrieben hat.

Erstmalig konnte ich im November 2014 die gesamten Räume dieses von außen ein-

Berichten des Personals erfahren, daß im Frauenzuchthaus Hoheneck für das Jahr 1983 die Produktion von Bekleidung durch Strafgefangene mit 5,4 Millionen Mark angesetzt war. Der Anteil der DDR-Strafgefangenen an der industriellen Warenproduktion betrug jährlich sogar 12,5 Milliarden Mark. Zu meiner Zeit gab es nur das „Lumpenkommando“, wo die Frauen ausgemusterte, völlig verdeckte Uniformen neu zusammenflickten, die für Häftlinge bestimmt waren! Der Hungerlohn für uns lag bei drei bis vier Mark im Monat, wovon wir uns sämtliche Pflegemittel, wie Seife, Zahnpasta und Hautcreme, oder Zigaretten kaufen mußten. Heute erfahren zu müssen, wie gezielt wehrlose Häftlinge in sozialistischen Gefängnissen durch Zwangsarbeit mit utopischen Normen ausgebeutet wurden, ist für die Betroffenen doppelt schwer zu ertragen.

Nach mehrmaligen Veränderungen steht nun auch fest, in welchem Trakt das Dokumentations- und Ausstellungszentrum des „Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen“ einziehen wird. Die gesamte Etage unter dem Kinosaal, wo zu meiner Haftzeit Jugendliche zwischen 15 und 18

Jahren untergebracht waren, soll dem Verein zur Verfügung gestellt werden. Geplant ist ebenfalls, dort die bisher in der Stadtbibliothek ausgestellten Zeugnisse anzusiedeln, die in mühevoller Kleinarbeit von durch Sowjetische Militär-Tribunale verurteilte Frauen zusammengetragen wurden. Keine Frage, daß es gewisse Schwer-

punkte bei der Sanierung des Riesengeländes geben wird. „Wichtig für uns ist es, daß der Besucherandrang trotz der Bauarbeiten weiterhin bewältigt werden kann“, erklärt Michael Eisenreich, der durch sein Engagement dazu beiträgt, daß das Grauen der „Mörderburg“ nicht in Vergessenheit gerät.



Schon der Eingangsbereich läßt erkennen, daß aufwendige Bauarbeiten im Gange sind.

macht seit 2002 ehrenamtlich Führungen durchs Frauenzuchthaus, derzeit unterstützt durch Optiker Dietrich Hamann. Zur Erinnerung: Im Jahr 2013 hatte die Stadt Stollberg für 160 000 Euro das Riesengelände vom Erstinvestor erworben. Einige der maroden Gebäude wurden relativ schnell dem Erdboden gleichgemacht. Im Jahr 2014 lag der Schwerpunkt auf der Erneuerung des Daches des monströsen Zellenhauses. Schon der Aufbau der Stahlkonstruktion bedeutete wochenlangen Zeitaufwand. Seit Oktober 2014 ist das Dach mit einem finanziellen Aufwand von 800 000 Euro komplett renoviert worden, so daß jetzt mit den Innenarbeiten begonnen werden kann.

Laut Angaben von Hauptamtsleiter Reiner Kunz von der Stadtverwaltung Stollberg sind folgende Vorhaben von Januar bis April 2015 geplant: Ein Aufzug für 52 000 Euro, Abbruch- und Baumeisterarbeiten für 496 000 Euro, Holzfenster und Außentüren für 118 000 Euro. Diese Arbeiten betreffen zunächst die Sanierung des Nordflügels, wo sich die ehemaligen Arbeitsräume befanden und künftig „Phänomenia“, eine physikalisch-technische Bildungsstätte für Kinder und Jugendliche, entstehen soll. Für diese interaktive Lern- und Erlebniswelt hat das

druckvollen Türmchengebäudes besichtigen. Als ich in der ersten Etage das große Zimmer vom früheren Anstaltsleiter Major Wolfgang Veit sah, staunte ich nicht schlecht über den herrlichen Panoramablick über das herbstlich angehauchte Stollberg, aber: ebenfalls mit vergitterten Fenstern! Geradezu beängstigend wirkte auf mich der lange Gang in der zweiten Etage mit 16 grün gestrichenen Türen – die früheren Arbeitsräume des Anstaltspersonals. Mich fröstelte. Keine Frage, der Mief des Bösen und des Grauens wird wohl ewig in dem alten Gemäuer zu spüren sein – zumindest für mich und meine ehemaligen Leidensgefährtinnen. Erstaunt war ich über eine Mutter-und-Kind-Station in der ersten Etage, weil es die während meiner Zeit von 1973-1975 nicht gegeben hat. „Das wurde alles erst nach dem Fall der Mauer eingerichtet“, klärte mich Michael Eisenreich auf. „Man wollte ja westlichen Einrichtungen nicht nachstehen und Humanität demonstrieren.“

Im Parterre stach mir ein wahres „Schätzchen“ ins Auge: Ein voll gefüllter Kleiderschrank mit neuen DDR-Uniform-Jacken, Kostümen, Trenchcoats. Während meiner Forschungsarbeiten zum Buch „Wo sind die Toten von Hoheneck?“ hatte ich aus



Bekleidung fürs Personal – produziert von Häftlingen.

Fotos: E. Thiemann

„Auf Spurensuche: Was war die DDR?“ Symposium

(dg) Die Bundesbeauftragte für die Neuen Bundesländer, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Iris Gleicke, und die Deutsche Gesellschaft e.V. rufen alle Schüler und Schülerinnen zwischen zwölf und zwanzig Jahren auf, am Schülerwettbewerb „Auf Spurensuche: Was war die DDR?“ teilzunehmen.

Der Schülerwettbewerb fordert die Jugendlichen dazu auf, in die Rolle von Geschichtssammlern zu schlüpfen und im eigenen Umfeld nach Erinnerungen an die DDR, nach Geschichten der Friedlichen Revolution oder nach Erzählungen aus dem wiedervereinigten Deutschland zu suchen. Die jungen Menschen sollen in ihren Familien, im Freundes- und Bekanntenkreis, in der Schule oder in ihrem

Wohnort Fragen stellen: „Was war die DDR? Wie stehen Familienangehörige, Lehrer, Freunde oder Bekannte zur DDR? Welche Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche hatten die Menschen damals, und was ist aus ihnen geworden?“

Die Antworten sollen kreativ in Form von Texten, Fotos, Plakaten oder Videos eingereicht werden. **Einsendeschluß** ist der 18. März 2015. Die jeweils besten drei Beiträge aus jeweils zwei Altersklassen werden von einer Jury ausgewählt und auf einer Preisverleihung in Berlin im Sommer 2015 ausgezeichnet. Zudem bündelt eine Broschüre eine Auswahl aller Beiträge.

Ausführliche Informationen unter www.waswardieddr.de

„Das letzte Jahr der DDR – von der Volkskammerwahl zur Wiedervereinigung“

17.3. – 18.3.2015 in Berlin

Ort: Deutsches Historisches Museum Berlin, Unter den Linden 2, 10117 Berlin (17.3. im Schlüterhof, 18.3. im Zeughauskino)

Eine Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V., der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Deutsches Historisches Museum

Themen u.a.:

- Die Bedeutung der Volkskammer für den Demokratisierungs- und Einigungsprozeß
- Die ostdeutsche Entwicklung 1989/90 aus internationaler Perspektive
- Die Volkskammer der DDR als integraler Bestandteil des deutschen Parlamentarismus
- Das letzte Jahr der DDR und seine historischen Dimensionen
- Der Beitritt – Die letzte Regierung der DDR

Mit Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Bundesministerin a.D. u. Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Norbert Lammert MdB, Präsident d. Deutschen Bundestages, Dr. h.c. Lothar de Maizière, Ministerpräsident a.D., Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Jens Reich, ehemaliges Mitglied der Volkskammer 1990 der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE u.v.a.

18.3., ab 14.00 Uhr:

Zeitzeugenbefragung mit Schülern

Eintritt frei, um Anmeldung wird gebeten: E-Mail heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de, Fax (030) 88 41 22 23

Gerhard Breschke

Totenbuch des Internierungslagers Ketschendorf

Das Buch erschien im Oktober 2014 im Wichern-Verlag Berlin unter dem Titel „Totenbuch. Sowjetisches Speziallager Nr. 5. Ketschendorf 1945-1947“.

Im ersten Teil enthält es neben einführenden Begleittexten auf 131 Seiten die Namen der 4722 Toten des Lagers Ketschendorf mit Lebensdaten, Geburts- und letztem Wohnort vor der Inhaftierung, soweit dies zu ermitteln war. Im zweiten Teil gewährt es in dem Kapitel „Sterben und Tod im Speziallager Ketschendorf“ auf fast 100 Seiten auch Einsichten in die katastrophalen Lebensumstände im Lager Ketschendorf. Ergänzt wird der Text durch den Abdruck eindrucksvoller persönlicher Briefe und Dokumente von Lagerinsassen.

Erarbeitet und verfaßt wurde das Totenbuch von dem Historiker Dr. Andreas

Weigelt und herausgegeben von der Initiative Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e.V. Die Toten von Ketschendorf werden in diesem Buch mit ihrem Namen und den Lebensdaten genannt. Es ist das Anliegen des Vereins, sie und auch die furchtbare Geschichte des Lagers Ketschendorf damit vor dem Vergessenwerden zu bewahren.

Die Herausgabe des Totenbuches wurde mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert. Es ist erhältlich über die Geschäftsstelle der Initiative Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e.V., Frankfurter Str. 4, 15517 Fürstenwalde, E-mail ilaketschendorf@online.de, und im Buchhandel (ISBN 978-3-88981-385-5).

Bautzener Bürger!

Bautzener Zeitzeugen des Gefangenenaufstandes im „Gelben Elend“ im März 1950 gesucht

2015 jährt sich der Gefangenenaufstand im Bautzener „Gelben Elend“ zum 65. Mal. Anlässlich dieses Jubiläums erarbeitet die Gedenkstätte Bautzen derzeit eine neue Ausstellung, die die Geschichte des ersten und größten Häftlingsaufstandes der DDR umfassend darstellt.

Am 13. und am 31. März 1950 waren die Sprechchöre der verzweifelten Gefangenen des „Gelben Elends“ in

der ganzen Stadt zu hören: „Wir rufen das Rote Kreuz!“ oder „Laßt uns nicht verrecken!“ Tausende waren in dem ehemaligen sowjetischen Speziallager auf engstem Raum eingesperrt – von Hunger, Kälte, Krankheiten und dem ständig drohenden Tod gezeichnet. Der Aufstand wurde von der Volkspolizei der DDR brutal niedergeschlagen. Briefe aus dem Gefängnis gelangten auf geheimen Wegen in den Westen und machten

Bautzen als Ort politischer Verfolgung bekannt.

Die Bautzener blieben in Anbetracht des Schicksals und der Schreie der Häftlinge nicht teilnahmslos, wie ehemalige Gefangene berichten. Bautzener Bürger versammelten sich vor den Gefängnismauern und winkten den Eingesperrten mit Tüchern zu. Manche brachten warmes Essen und wollten helfen,



wurden aber von den Volkspolizisten zurückgewiesen.

Für die Erarbeitung der Ausstellung über die Ereignisse vor 65 Jahren sucht die Gedenkstätte Bautzen Zeitzeugen, die damals als Bürger der Stadt oder der umliegenden Orte den Protest der Gefangenen hörten oder auf anderen Wegen wahrnahmen. Welche Erinnerungen haben die Bautzener an den Häftlingsaufstand? Wie erlebten sie den Aufstand mit? Was wurde innerhalb der Familien und der Bautzener Gesellschaft darüber erzählt?

Volkspolizisten gehen mit Feuerlöschspritzen gegen die Aufständischen vor. (Anonyme Häftlingszeichnung, 1950)
Quelle: Gedenkstätte Bautzen

Die Gedenkstätte Bautzen ist für jegliche Hinweise, Berichte und Dokumente dankbar. Bitte unterstützen Sie uns als Zeitzeugen oder deren Angehörige, den Gefangenenaufstand und die Solidarität der Bautzener nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Kontakt: Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Gedenkstätte Bautzen, Weigangstraße 8a, 02625 Bautzen

Postanschrift: Postfach 1928, 02609 Bautzen, telefonische Durchwahl (03591) 53 03 62, Fax (03591) 4 04 75, E-Mail sven.riesel@stsg.smwk.sachsen.de

Sven Riesel

Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit

Langjährige Forschungen – hohe Ehrung

Am 26. November 2014 zeichnete Bundespräsident Joachim Gauck auf Vorschlag des sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich den früheren Leipziger Archivdirektor und Historiker an der Universität Leipzig, Prof. Dr. phil. habil. Gerald Wiemers, mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus. Die Verleihung fand in der sächsischen Staatskanzlei in Dresden statt.

Wiemers ist als politisch verfolgter Oberstudent anerkannt. Trotz seiner 1961 erfolgten Relegation von der Universität Halle/Saale verhalfen ihm Zufälle und wohlgesinnte Helfer zu den erforderlichen Studienabschlüssen, die es ihm ermöglichten, fast 25 Jahre als Archivar an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften tätig und mit der Herausgabe des viel beachteten Jahrbuchs der Akademie betraut zu werden.

Die Ernennung zum Archivdirektor der Universität Leipzig erfolgte 1992. Als gewählter Vorsitzender der Fachgruppe „Archivare wissenschaftlicher Einrichtungen“ im Verband der deutschen Archivare knüpfte Prof. Wiemers über den deutschen Sprachraum hinaus zahlreiche internationale Verbindungen. Das Zusammenwachsen der deutschen akademischen Archivlandschaft war eines der wichtigsten Ziele von Wiemers.

Der persönliche Kontakt Prof. Wiemers' mit dem Abteilungsleiter für die Rehabilitation von Ausländern bei der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft Moskau, Oberst der Justiz Leonid P. Kopolin, führte zu zahlreichen Veröffentlichungen. Es entstanden Bücher wie „Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945–1955“, zusammen mit Jens Blecher, in bisher drei Auflagen, „Der frühe Widerstand in der SBZ/DDR“

oder „Der Aufstand“ über den politisch motivierten internationalen Streik der Gefangenen in Workuta am 1. August 1953. Diesen Streik schätzte Prof. Dr. Stefan Karner, Graz, besonders hoch ein, weil er „die Basis für die Erweiterung des freien Europas“ darstelle.

Auch im Ruhestand arbeitet Prof. Wiemers an der Aufklärung von Schicksalen politisch verfolgter Studenten und Wissenschaftler in beiden deutschen Diktaturen.



Foto: Privat

Gerald Wiemers.

Dr. Horst Hennig

Auszeichnungen

(st)Die Bundeszentrale für politische Bildung hat am 9. Dezember 2014 ihre Auszeichnung „25 Jahre Mauerfall: Geschichte erinnern – Gegenwart verstehen“ verliehen.

Zu den Geehrten gehören die Journalisten Karl-Heinz Baum und Peter Wensierski, die beide in den 80er Jahren als Korrespondenten über die DDR berichteten und dabei viele Kontakte zur Opposition aufbauten. Sie deckten auf, wie in der DDR die Presse- und Meinungsfreiheit unterdrückt wurde. Katrin Behr, Henne-

Preisträgerin 2014, erhielt die Auszeichnung für den Aufbau der Initiative Zwangsadoption, mit der sie Menschen hilft, denen in der DDR aus politischen Gründen die Eltern genommen wurden. Die Journalistin und Autorin Freya Klier erhielt den Preis für ihre Bücher und Filme, in denen sie sich mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzt. Sie engagiert sich dafür, daß dieses Thema in den Schulen breiteren Raum erhält. Der Thüringer Schriftsteller Udo Scheer wurde ausgezeichnet für sein Buch über die Friedliche Revolution in Plauen/Vogtland.

Zu den geehrten Institutionen gehören die Robert-Havemann-Gesellschaft, sie hat ein umfangreiches, vielgenutztes Archiv der DDR-Opposition aufgebaut, und das Menschenrechtszentrum Cottbus.

Den Publikumspreis der Bundeszentrale für politische Bildung und der Zeitschrift Superillu erhielt Pfarrer Matthias Taatz aus Mühlberg, Vorsitzender der Initiativegruppe Lager Mühlberg.

Allen Ausgezeichneten herzlichen Glückwunsch!



Abschied

Ein Mann von großem Mut

Der langjährige Präsident und jetzige Ehrenpräsident der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus, Jure Knezović, ist tot! Am 6. Januar ist er im Alter von 72 Jahren plötzlich gestorben.

Ich bin fassungslos. Gerade in den letzten Tagen und Wochen hatte ich mit ihm besonders intensiven Kontakt, um das von ihm mit so viel Engagement betriebene Projekt eines Sammelbandes über die 21 Kongresse der InterAsso zum Abschluß zu bringen. Dabei haben meine Mitarbeiterin, Anna Michels-Boger, und ich immer wieder gespürt, wie wichtig es ihm ist, die Geschichte der noch lange nicht vollendeten Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft zu dokumentieren, ihre Erfolge sichtbar zu machen, aber auch Versäumnisse der zuständigen Regierungen zu kritisieren.

Sein Leben ist ja, wie mir jetzt bei einer Rückschau anlässlich seines Todes wieder bewußt wurde, von außerordentlich großem Mut geprägt gewesen. Am 20. April 1942 in der Nähe von Split im südlichen Kroatien geboren, hat er sich schon als 17jähriger Gymnasiast für die Befreiung Kroatiens vom Kommunismus eingesetzt. Vielleicht hat er diesen Mut von seinem Vater übernommen, der 1945, als Vater von zehn Kindern, einen bewaffneten

Widerstand gegen die kommunistische Diktatur organisiert hat und dies später mit der Erschießung von vier Mitgliedern seiner Familie und einer Verurteilung zu 20 Jahren Haft bezahlen mußte.

In Österreich, in das Jure Knezović nach seiner Haftentlassung emigriert war, ließ er 10 000 Flugblätter drucken und dann in Kroatien verteilen. Sie enthielten einen Aufruf zur Verteidigung der kroatischen Sprache. Dies reichte aus, um ihn aus Österreich auszuweisen, er ging daraufhin nach Deutschland und kehrte nach Titos Tod, mittlerweile verheiratet und Vater von vier Kindern, mit Frau und Kindern in seine kroatische Heimat zurück.

Als Vizepräsident der Kroatischen Gesellschaft ehemaliger politischer Gefangener wurde er im Jahr 1998 in das Präsidium der InterAsso gewählt, 1999 wurde er Präsident dieser Internationalen Assoziation, die er bis zum August 2014 leitete. Besonders wichtig waren ihm in dieser Funktion die Beziehungen zum Europarat und eine gute Resonanz der Arbeit der InterAsso in den Medien. Auch wegen seines besonderen Einsatzes wurde er im August 2014 zum Ehrenpräsidenten der InterAsso gewählt.

„Ich scheue keine Arbeit. Ich fühle mich um so wohler, je mehr Arbeit ich habe“,

sagte der Sohn einer Bergbauernfamilie einmal. Wer so seine Prioritäten setzt, das sagt mir meine Lebenserfahrung von 66 Jahren, kann das nur tun, wenn er sich sicher sein kann, daß seine Frau ihn in jeder Hinsicht unterstützt. Ihr gebührt dafür unser besonderer Dank.

Am 9. Januar fand im Krematorium von Bratislava eine bewegende Trauerfeier statt. Neben seinen Angehörigen gab ihm eine große Trauergemeinde, darunter der slowakische Vizepräsident der InterAsso, Dr. Ján Košiar, die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky und ich als Präsident der InterAsso und Vorstandsbeauftragter der UOKG, das letzte Geleit. Rainer Wagner, der Vorsitzende der UOKG, der Jure Knezović besonders schätzte, konnte zu seinem großen Bedauern wegen eines Termins beim Bundespräsidenten nicht teilnehmen.

Ich verneige mich vor einem Mann, der sehr viel Mut gezeigt hat, als das noch lebensgefährlich war. Er kann und wird als Vorbild im Gedächtnis bleiben auch für viele Menschen in unserer Zeit, denen es schwer fällt, mutig zu sein, obwohl ihnen keine Gefahren drohen.

Dr. Wolfgang-Christian Fuchs
Präsident der InterAsso

Mit Akribie und Leidenschaft

Der Nestor der historischen Kommunismus- und DDR-Forschung, Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Weber, ist am 29. Dezember 2014 im Alter von 86 Jahren verstorben. „Seine Studien und Dokumentationen zur

Geschichte des Kommunismus, der KPD sowie der DDR sind Standardwerke, die in Forschung und Lehre, vor allem aber auch in der historischen Bildungsarbeit Bestand behalten werden“, erklärte die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Anna Kaminsky in Berlin.

Hermann Weber war der Bundesstiftung seit ihrer Gründung im Jahre 1998 nicht nur als Stiftungsrat, bis 2011, eng verbunden. Seit 2004 erscheint unter ihrem Dach das von Weber 1993 begründete Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Gemeinsam mit seiner Frau Gerda hat Hermann Weber 2003 die unselbständige Gerda-und-Hermann-Weber-Stiftung in die Bundesstiftung Aufarbeitung eingebracht, die als Erbe des Ehepaars die Kommunismusforschung fördern soll. Schließlich hat der Mannheimer Historiker bereits

zu seinen Lebzeiten damit begonnen, seine umfangreiche Bibliothek sowie sein reichhaltiges Privatarchiv an die Bundesstiftung Aufarbeitung zu übergeben.

„Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur verliert mit Hermann Weber einen großartigen Freund und Förderer“, so Anna Kaminsky. „Wie kaum ein anderer hat Hermann Weber seine biographisch begründete Leidenschaft für die Aufarbeitung der Kommunismusgeschichte mit der Akribie und nüchternen Abgewogenheit des Wissenschaftlers verbunden. Hermann Weber hat sich nach der Friedlichen Revolution große Verdienste bei der Sicherung der DDR-Archive sowie bei der gesamtdeutschen Aufarbeitung der SED-Diktatur erworben.“

Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Trierischer Volksfreund...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Veranstaltungen

3.2. (Di), 15.00 Uhr:

Stasi-Akte spezial. Richtlinien der Überwachung und Zersetzung; 15.00 Uhr: Archivführung, anschließend Lesung aus Stasi-Akten; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; Ort: Außenstelle Erfurt, Petersberg, Haus 19, 99084 Erfurt

3.2. (Di), 18.00 Uhr:

„treffpunkt '89. Von der Gegenwart einer Epochenäsur“, Buchvorstellung mit Autor Marko Martin; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

10.2. (Di), 18.30 Uhr:

Wirtschaftsreformen und Beat-Revolte. Das Jahr 1965 im Blick der Stasi, Buchvorstellung, Einführungsvortrag v. Dr. Bernd Florath, BStU, und Podiumsdiskussion mit Jürgen Böttcher alias Strawalde, Regisseur und Maler, Prof. Thomas Heise, Regisseur, und Dr. Bernd Florath, Mod. Prof. Dr. Daniela Munkel, BStU, Lesung aus Stasi-Akten mit Inka Löwendorf, Schauspielerin; Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: Grüner Salon in der Volksbühne, Rosa-Luxemburg-Platz 2, 10178 Berlin

10.2. (Di), 19.00 Uhr:

Instrumentalisierung einer Kultur. Zur Situation bei den Sorben 1948-1989, Buchvorstellung und Gespräch mit Autor Timo Meškank und Lutz Rathenow, Sächsischer LStU; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig u.a.; Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

10.2. (Di), 19.00 Uhr:

„Mitgift – Ostdeutschland im Wandel“, Dokumentarfilm v. Roland Blum über die ökologischen Hinterlassenschaften der DDR; Veranstaltung d. Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße Erfurt; Ort: Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt

11.2. (Mi), 18.15 Uhr:

Die Bedeutung des Politischen im 20. Jahrhundert. Europäisches Jahr der Zeitgeschichte 2014, Podiumsdiskussion im Rahmen der Reihe „Das Jahrhundert vermessen. Signaturen – Umbrüche – Kontinuitäten“; Veranstaltung d. Lehrstuhls Neueste und Zeitgeschichte der Humboldt-Universität Berlin u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

12.2. (Do), 19.00 Uhr:

Auf dem Sprung in den Westen, Diskussion zum DDR-Wintersport im Blick der Stasi; Veranstaltung d. Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung; Ort: BStU Außenstelle Chemnitz, Jagdschänkenstr. 52, Chemnitz

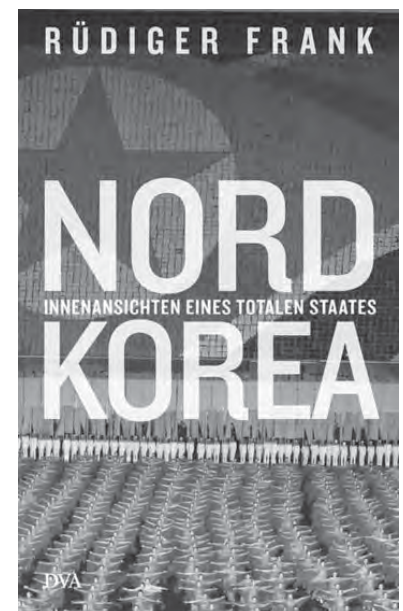
Unbekanntes Nord-Korea

Der Autor, einst Student in Leipzig und heute Professor an der Universität Wien, bereist jenes Land seit über 20 Jahren und gilt als dessen Kenner. Sein neuestes Buch möchte das unbegreifliche Nord-Korea begreiflicher machen. Der Leser erlebt die wechselvolle Geschichte der fernen Halbinsel und bekommt einen tieferen Einblick in das heutige Partei- und Regierungssystem. Die staatliche Wirtschaft ist weiterhin gekennzeichnet von niedriger Produktivität, veralteten Anlagen und fehlenden Investitionen. Versprochen hat Diktator Kim Jong-un seinen Untertanen einen Wirtschaftsaufschwung. Ein solcher mag in gewissem Rahmen erfolgen, doch bleibt die einseitige Abhängigkeit der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ vom Export ihrer reichen Bodenschätze riskant. Manches dürfte der Verfasser dabei zu optimistisch sehen, obwohl er jeden Vergleich mit der Wiedervereinigung Deutschlands zu Recht ablehnt.

Zutreffend ist, daß die Koreaner im Norden und im Südteil die staatliche Einheit herbeisehnen, während sehr viele Westdeutsche sich damals bereits mit der Teilung abgefunden hatten, wie der Autor verächtlich schreibt. Sie akzeptierten sie fälschlicherweise als Strafe für die Hitler-Zeit, während Korea seit 1910 eine japanische Kolonie war. Deutschland ist zudem eine junge Nation, wenn man die Reichsgründung von 1871 zugrunde legt. Die Einheit Koreas hingegen bestand seit Jahrhunderten und entwickelte früh ein modernes Staatsbewußtsein; trotz der nahezu totalen Trennung (es gibt nicht einmal einen Postverkehr über den 38. Breitengrad!) ist diese Tatsache noch heute lebendig – was man im heutigen Deutschland vermißt. Dieses unterlag bis 1990 der Verantwortung der vier Siegermächte. Heute sind in dem „Land der Morgenstille“ zwar US-Soldaten stationiert, allerdings aufgrund eines Bündnisvertrages. Für den immer noch ausstehenden Friedensvertrag wären neben Nord-Korea die UNO und China zu involvieren. Vor einem wiedervereinigten Deutschland hatten viele Länder Europas Angst und fühlten sich existenziell bedroht. Einen solchen befürchteten Führungsanspruch Koreas gibt es nicht, wengleich manche fernöstliche Staaten aus Gründen der wirtschaftlichen Konkurrenz seine Einheit nicht wünschen. Der Verfasser versteht die DDR politisch und wirtschaftlich als einen Satelliten der Sowjetunion, die trotz ihrer militärischen Stärke vor allem ökonomisch sehr schwach war und

schließlich die DDR bewußt aufgab. Pjöngjang ist in vielen Bereichen wirtschaftlich völlig abhängig von China, aber nicht politisch. Peking lehnt die atomare Aufrüstung Nord-Koreas ab, läßt das Land aber zumindest bis jetzt nicht fallen.

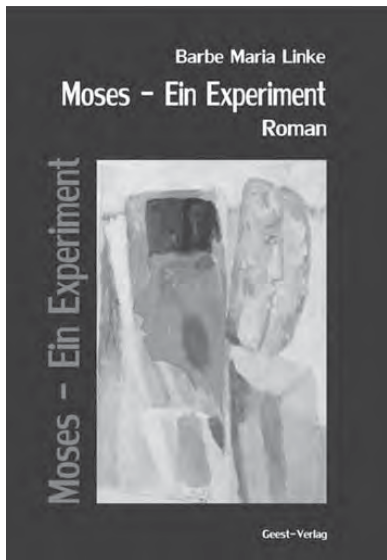
Jahrelang betrieb der damalige Kim Il-sung eine recht erfolgreiche politische Schaukelpolitik zwischen den Rivalen Moskau und Peking. Nach dem Tode Stalins löste Pjöngjang sich zumindest politisch vom Sowjet-Kommunismus, und nach der „Kulturrevolution“ ebenso von den Ideen Mao Tse-tungs. Eigentliches Motiv in beiden Fällen war gewiß das Schwinden der inneren Stärke der jeweiligen kommunistischen Partei und damit der Allein-Diktatur der Herrscher. Heute besteht die kommunistische Ideologie Nord-Koreas in einer deutlichen Abkehr vom Dogmatismus des Marxismus-Leninismus. Der bekannte Satz aus dem kommunistischen Manifest, „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“, ist längst vom Titelblatt der nordkoreanischen Parteizeitung „Rodong Sinmun“ verschwunden. In der Tat widerspricht der Klassengedanke von Marx, der die Arbeiterklasse über alle Länder hinweg sah, dem jetzt in Nord-Korea herrschenden Nationalismus. Dort wird die Ideologie der Weltrevolution durch die Parolen „Unser Land ist das beste“ und „Unsere Art von Sozialismus“ ersetzt. Wie der Autor zu Recht betont: Das Vaterland, die Nation stehen über der Ideologie und über der Klasse. Gerade das überall zu lesende Transparent „Nicht die Arbeiterklasse, sondern die Volksarmee ist die Hauptkraft der Revolution“ widerspricht völlig der alten KP-Ideologie. Die Bilder von Marx und Lenin wurden bereits vor zwei Jahren überall in der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ still und leise entfernt...



Rüdiger Frank: Nord-Korea. Innenansichten eines totalen Staates, Deutsche Verlagsanstalt, München 2014, 432 S., 19,99 €

Moses – ein Experiment

In der Mitte des Geschehens steht eine junge Frau, Kati Blank, die aus der DDR stammt und seit ihrem zwölften Lebensjahr mit ihrer Mutter in der Schweiz lebt. Im Alter von 30 Jahren wird der Wunsch in ihr stark, zu ihrem Vater, der in der DDR geblieben ist, Kontakt aufzunehmen.



.....
Barbara Maria Linke: *Moses – ein Experiment*, Geest-Verlag 2014, 424 S., 14,80 €
.....

In der Stasi-Behörde in Berlin studiert sie seine Akte, aus der sie erfährt, wie er als Stasi-Offizier Menschen verfolgt und ihre Existenzen systematisch zerstört hat. Davon ist sie so erschüttert und in ihrem Selbstverständnis verstört, daß sie in eine lebensbedrohliche Situation gerät, bei der sie das Bewußtsein verliert

und sich anschließend in einer psychiatrischen Klinik wiederfindet.

Am Ende ihrer langen inneren Auseinandersetzung mit diesem Vater schreibt sie ihm einen Brief, der mit einer Solidaritätserklärung beginnt: „Alles ist möglich. Alles ist im Menschen angelegt. Ich könnte ebenso eine KZ-Aufseherin wie ein Spitzel in der Deutschen Demokratischen Republik sein.“ Auf dieser Basis kann sie ihre Anklage formulieren, ohne ihn zu verurteilen. Der Brief ist ein leidenschaftlicher Appell an seine abgespaltene Menschlichkeit.

Dieses Drama für sich könnte einen Roman füllen. Aber dann gibt es noch den alten Moses, dessen Geschichte vor mehr als 3000 Jahren im ersten Teil des Buches poetisch nacherzählt wird. Damals war er Prophet, Befreier aus der Sklaverei, Religi-

onsstifter und Staatsgründer. Dieser Moses kommt in unsere Welt des 20. Jahrhunderts und wird ein einfacher Mensch ohne eine Rolle, ohne die Bürde eines göttlichen Auftrags und die Last einer öffentlichen Verantwortung tragen zu müssen. Er begegnet in einem Flugzeug der jungen Kati Blank – das ist das Experiment. Nach kurzer Bekanntschaft geht jeder wieder seiner Wege. Moses erfährt in verschiedenen Begegnungen mit Betroffenen vom Grauen des Holocaust. Kati muß ihre Krise ohne den starken Freund durchstehen. Erst am Ende des Romans kommen beide wieder zusammen.

Der Leser mag sich fragen: Was haben die beiden Protagonisten eigentlich miteinander zu tun? Man könnte doch die Geschichte eines jeden gesondert erzählen. Moses ist geprägt von seiner großen überweltlichen Erfahrung am Berg Horeb, der die Stimme des Unaussprechlichen – JHWE – vernahm: „ICH BIN DA“. Diese Präsenz ist es, die er im Lauf der Erfüllung seines Auftrags in 40 Jahren Wüstenwanderung mit seinem Volk so verinnerlicht hat, daß er eins wurde mit Ihm. „Du und Dein Gott, Ihr seid unzertrennlich“, so drückt es Kati aus. Seine tiefe Gottverbundenheit strahlt er aus, und jeder, der ihm nahe kommt, bekommt sie zu spüren durch seine Herzenswärme, sein Zuhören, sein Mitfühlen und durch die Stille, die von ihm ausgeht. – Kati sagt zu ihm: „Diesen Gott, Moses, mit dem du deine Erfahrungen gemacht hast, kenne ich nicht. Aber durch dich erfahre ich etwas...“ Und dieses geheimnisvolle Etwas ist das, was Kati in ihrer schweren Zeit trägt und hält. Vielleicht kann die Wiederkehr des Moses auch verstanden werden als ein Hinweis auf die zeitgemäße Notwendigkeit, uns endlich aus Abhängigkeiten von äußeren Autoritäten, die in der Vergangenheit so viel Unheil angerichtet haben, zu befreien und sozusagen Moses als inneren Führer in uns selbst zu entdecken.

Anke Ristenpart

Heimkinder-Reha

(VT) In der ehemaligen DDR waren Tausende Kinder und Jugendliche unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen in Heimen untergebracht. Erschreckend waren die Lebensumstände vor allem in den geschlossenen Kinderheimen und Jugendwerkhöfen. Die DDR

verfolgte immer auch das politische Ziel, die Eingewiesenen zu sozialistischen Persönlichkeiten umzuformen. Infolge ideologischer Indoktrination, Mißhandlungen und Mißbrauch sind viele dieser Heimkinder bis heute traumatisiert. Während der 40 Jahre dauernden DDR-Zeit

Veranstaltungen

17.2. (Di), 18.00 Uhr:

Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten, Staatssekretär a.D. Ludwig A. Rehlinger und Dr. Andreas Apelt im Gespräch; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

18.2. (Mi), 18.00 Uhr:

„Dann standen wir vor dem Nichts. Enteisungswelle an der Ostsee“, Filmvorführung, Dok.-Film v. Reinhard Joksch, Hrsg. Bundesstiftung Aufarbeitung; Veranstaltung d. Volkshochschule Frankfurt/Oder; Ort: Volkshochschule Frankfurt/Oder, Gartenstr. 1, Raum 1.07, Haus 1, Frankfurt/Oder; Anmeldung erforderlich: Tel. (03 35) 54 20 25, E-Mail buero@vhs-frankfurt-oder.de

19.2. (Do), 19.00 Uhr:

Die Umweltpolitik in der DDR, mit Regisseur Roland Blum („Mitgift“), Diskussion mit DDR-Umweltschützern; Veranstaltung d. Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße u.a.; Ort: Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt

20.2. (Fr), 20.00 Uhr:

Von Karelien bis Kamtschatka – Reisen in ein Land, das es nicht mehr gibt, Berichte in Wort u. Bild von Steffen Bohl, Robert Conrad, Steffen Graupner, Carlo Jordan, Ekkehard Maaß, Jan Oelker, Ullrich Wannhoff; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Unerkannt durch Freundesland“ d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: Aula, Museum Pankow, Kultur- und Bildungszentrum Sebastian Haffner, Prenzlauer Allee 227/228, 10405 Berlin

3.3. (Di), 18.00 Uhr:

„Waldbrüder. Die Partisanen aus dem Ite-Bunker“ Dokumentarfilm-Vorführung mit Filmemacher Peter Grimm; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

3.3. (Di), 18.00 Uhr:

„Zonenfrauen“, Lesung mit Autorin Sabine Michel u. Reinhard Göber; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

4.3. (Mi), 19.00 Uhr:

Stasi in der Unterwelt. Schatzsuche – Fluchttunnel – Bunkerbau, Vortrag u. Gespräch mit Stephan Wolf, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera



5.3. (Do), 18.00 Uhr:

Der „Große Terror“ in der Sowjetunion 1937–1938, Ausstellungseröffnung; Veranstaltung des Hauses Brandenburgisch-Preußische Geschichte u.a.; Ort: Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Kutschstall, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam

6.3. (Fr), 18.30 Uhr:

„Tagebuch der Friedlichen Revolution“, Lesung und Gespräch mit Autorin Vera Lengsfeld; Veranstaltung d. Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung; Ort: Bibliothek Klotzsche, Boltenhagener Str. 66, Dresden-Klotzsche

10.3. (Di), 19.00 Uhr:

„Wir sind jung! Wir sind stark!“ (Deutschland 2014), Filmvorführung; Veranstaltung d. Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße; Ort: Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt

12.3. (Do), 19.30 Uhr:

Die DDR im Blick der Stasi 1965. Die geheimen Berichte der SED-Führung, Buchvorstellung und Diskussion; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Vorschau

17.3. (Di) – 18.3. (Mi):

Das letzte Jahr der DDR – von der Volkskammerwahl zur Wiedervereinigung, Symposium mit Zeitzeugengespräch, u.a. mit Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Bundesministerin a.D. u. Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Norbert Lammert MdB, Präsident d. Deutschen Bundestages, Dr. h.c. Lothar de Maizière, Ministerpräsident a.D., Vorstandsvorsitzender d. Deutschen Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Jens Reich, ehemaliges Mitglied der Volkskammer 1990 der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE, 18.3., ab 14.00 Uhr: Zeitzeugenbefragung mit Schülern; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Deutsches Historisches Museum Berlin, Unter den Linden 2, 10117 Berlin (17.3. im Schlüterhof, 18.3. im Zeughauskino); Eintritt frei, um Anmeldung wird gebeten: E-Mail heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de, Fax (030) 88 41 22 23

haben fast eine halbe Million Kinder und Jugendliche die Heime der DDR durchlaufen; heute blicken noch ca. 234 000 Personen auf ein solches Heimschicksal zurück.

Dieser Opfergruppe sollte die Gesetzesänderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes im Jahr 2010 die Rehabilitierung erleichtern und damit auch die darauf basierenden Entschädigungszahlungen ermöglichen. Jedoch werden ca. 95 Prozent der Rehabilitierungsanträge abgelehnt. Die ehemaligen DDR-Heimkinder werden somit fast nie rehabilitiert und entschädigt, obwohl sie ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen wurden. Worauf dieser Umstand zurückzuführen ist, untersucht die vorliegende Arbeit anhand einer Rechtsprechungsanalyse und mit Hilfe von Interviews.

.....
Anne-Luise Riedel-Kreker: Die Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder der DDR nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2014, 193 S., 29,- €

Aus einem zerrissenen Land

(VT) Zwei Deutsche, Krebs & Stier, sind mehr als fünf Jahrzehnte gemeinsam durchs Leben gegangen. Jetzt haben sie ihre erlebten Geschichten aufgeschrieben. Sie berichten über die Vertreibung aus der Heimat Schlesien, über Not und Hunger nach dem Ende des großen Krieges, über ihr Idol Elvis, über die Audienz bei dem jovialen Diktator Ulbricht, über ein Berufsverbot als Journalist, über Panzer in Prag, über seltsame Erlebnisse in Nord-Korea und über ihren spektakulären Umzug von Erfurt (Ost) nach Frankfurt/Main (West) im Jahre 1983. Bei der Zeremonie zur Vereinigung Deutschlands standen die beiden Zeitzeugen 1990 in der jubelnden Menge vor dem Reichstag in Berlin. Später halfen sie, im Osten demokratische Strukturen aufzubauen und hatten dabei viele Widerstände zu überwinden. In diesem Buch beschreiben sie, wie anders der Osten auch nach 25 Jahren noch tickt, als der Westen Deutschlands, woher sie gekommen sind. Ihr Fazit: Wir bleiben noch lange ein zerrissenes Land.

.....
Uwe Gerig: Krebs & Stier. Deutsche Geschichten. Aus einem zerrissenen Land, Verlag Shaker Media, Aachen 2014, 367 S., 24,90 €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Februar Geburtstag haben

Erna Müller, Hubert Polus am 2. Februar, Josef Seemann am 3. Februar, Heinrich Labuhn am 7. Februar, Kasimir Tomaske am 9. Februar, Horst Epp am 10. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Viktor Gorynia am 18. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar, Helmut Schneider am 24. Februar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STA-CHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Katrin Arnold, Maria Gretchen Behrendt, Albrecht Bleil, Dr. Wilfried Bölke, Klaus Bohlken, Jürgen Brand, Gerold v. Busse, Erna Carbow, Waltraud Dammköhler, Peter Eberle, Ulrich Egerer, Kurt Eifler, Margita Eikenberg, Hanne-Lore Enigk, Horst Fichter, Ursula Franke, Peter Frenz, Marianne Freudenreich, Hans-Dieter Fritsch, Karl-Peter Füsslein, Manfred u. Brigitte Gabel, Siegfried Geiser, John Gerstner, Rita Gesche, Wolfgang Gillner, Horst u. Sabine Gnädig, Rolf Göbel, Klaus Gossow, Burkhard u. Anette Gottschling, Ulrich Haase, Hans-Joachim Hacker,



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo-Fr, 14-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)
 Tel. (030) 57 79 92 01
 Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr
 E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Christa Hagen, Klaus-Jürgen Hager, Ingeborg Haudel, Karl-Heinz Heidenreich, Wolfgang Heilmann, Konstanze Helber, Dieter Henning, Bärbel Hilbig, Konrad Hill, Dr. Gerda Hirth, Gerold Hofmann, Käthe Jahn, Horst u. Monika Jakusch, Reinhold Kalisch, Reinhard u. Gisela Klar, Steven Knudsen, Ellenburg Koman, Siegfried Koschwitz, Detlef Krastel, Alois Kuhn, Michael Kunath, Franz Kurzdin, Dr. Rainer Löhnert, Ilsemarie Lorenz, Prof. Konrad Löw, Joachim Lummitsch, Dr. Bernd Matern, Fritz Mathei, Rudolf Mickley, Christel Morgenstern, Carsten u. Barbara Müller, Peter E. Müller, Roland Müller, Dr. Torsten Müller, Erich Münch, Berthold Noeske, Horst Opitz, Marita Pagels-Heineking, Clemens Perschke, Eberhard Polthier, Dr. Herbert Priew, Eike Christine Rade-wahn, Marieliese Radtke, Ute Rast, Jürgen Reise, Lothar Rühl, Jürgen Salden, Norbert Schachnowski, Rita Schiller, Rainer Schmiedel, Lothar Scholz, Michaela Schön, Hermann u. Heidrun Schorling, Roswitha Schulte-Karring, Ulrike Schultz, Detlef Sens, Manfred Smala, Hans Sohn, Dieter Starke, Christine Stauch, Roland Steinbach, Gotthilf Sternberg, Martin Taatz, Christa Teiner, Vera Tellschow, Franz Töpfer, Karl-Wolf Triebel, Gott-hard Trumpf, Marianne Wachtmann, Matthias Wehner, Dr. Jürgen Weiland-Heidecker, Margarete Weise, Christian Weiske, Ruth Wilms, Tobias Woitschütze, Konrad Ziller, Eberhard Zutz, Dietrich u. Dorothea Zweynert.

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110
Verwendungszweck: „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Ich mag verdammen, was du sagst,
aber ich werde mein Leben dafür
einsetzen, daß du es sagen darfst.

Voltaire

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistic- scher Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)


Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Vorstandsbeauftragte:
Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunisticser Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. Januar 2015

